



Solidarität hilft Siegen!

ROTE HILFE

2. Jg. Nr. 6

Juni 1974

1 Mark



S.O. Polizeimord in München

WENDET EUCH AN DIE ROTE HILFE!

Zentralvorstand:
46 Dortmund, Heroldstr. 50, Tel. 81 37 63 Mo. Mi. Fr. 18-19 Uhr

Landesvorstand Nord/Ortsgruppe Hamburg:
2 Hamburg 50, Ottenser Marktplatz 7, Tel. 39 26 73
Di. und Fr. 17-19 Uhr

Westberlin:
Landesvorstand Ortsgruppe Moabit, 1 Berlin 65, Togostr. 78
KindlKneipe, Quitzowstr./Ecke Havelbergerstr., Mi. 19 Uhr

Ortsgruppe Wedding: „Hopfenblüte“, Ecke Tegeler/Triftstr.
Mi. 19 Uhr

Ortsgruppe Neukölln: „Parkrestaurant“, Ecke Nogat/Kirchhofstr.
Mi. 19.30 Uhr

Ortsgruppe Krauzberg: „Max und Moritz“, Oranienstr. 162
Do. 19.30 Uhr

NRW:

Landesvorstand
46 Dortmund, Heroldstr. 50
Tel. 0231/813763 Mo 17.30 - 19

OG Köln z. Zt. keine Büroadresse

Ortsgruppe Dortmund: Heroldstr. 50, Di. 18-20, S. 15-17 Uhr

Hessen:

Ortsgruppe Frankfurt: Bockenheim, Mühlgasse 26
Sprechstunden Mo + Mi 18-20, Sa 14-16

OG Gießen: Bei K. Harbusch, Seltersweg 73

Baden/Württemberg:

Komitee Stuttgart: „Weißer Felsen“, Stuttgart-Hesloch,
Böblingerstr. 158, Di. 19.30 Uhr

Bayern:

Landesvorstand und Ortsgruppe München: 8 München 80,
Schiffstraße 21, Mi. 19 Uhr

Komitee Nürnberg: „Silberner Amboss“, Austr. 19, Mi. 19.30 Uhr

Ortsgruppe Augsburg: Augsburg-Oberhausen, Eichlerstr. 1, Fr. 20 Uhr

KONTEN:

Sparkasse Dortmund 001 096 214
Konto der Sparkasse: 84100/469 PchA Dortmund)

Kontokonto: PSA Dortmund 37683/467

IMPRESSUM

Herausgeber: Zentralvorstand der ROTEN HILFE
Anschrift der Redaktion: 46 Dortmund, Heroldstr. 50
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: R. Pohl, 46 Dortmund,
Heroldstraße 50
Auflage: 4.500

Anschrift der Redaktion:

46 Dortmund, Heroldstr. 50



Diesmal in der RHZ...

Die RHZ Nr. 6/74 ist fertig, und pünktlich - die Redaktion hat ihr Ziel erreicht. Noch geht nicht alles nach Plan, jedoch haben die Ortsgruppen der Roten Hilfe zahlreiche Artikel und Bilder eingeschickt, sodaß wie ein Stück von den "Bleiseiten" (nur Schrift) abgekommen sind.

Der Schwerpunkt gegen den Polizeiterror wurde uns durch die Vorfälle der letzten Woche aufgezwungen. Die Schilderung des faschistischen Mordes an Günter Jendrian führte uns zu der Überlegung wie kann die RHZ zur Auflösung der Mobilien Einsatzkommandos beitragen, was kann die RHZ noch tun, um den Widerstand zu fördern? Darum unser Aufruf auf Seite 7



Wieder einmal waren es die Frankfurter Genossen, die stöhnten, wie sollen wir bei diesen Kämpfen Zeit zum Artikel schreiben finden - und die dann doch rechtzeitig ihren Beitrag schickten.

Aus Giessen bringen wir ein Interview mit dem entlassenen KPD Landtagskandidaten Heribert Planz. Als wir beim Umbruch die Solidaritätsresolution mit H. Planz auf S. 9 einsetzten wollten, fiel uns auf: wir halten diese Unterschriftensammlung für so wichtig daß wir sie hier abdrucken und fordern jeden Leser auf, uns seine Zustimmung mitzuteilen.



SOLIDARITÄTSRESOLUTION

Der Schriftsetzer H. Planz, Landtagskandidat auf der Landesliste der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD) erhielt am 26.4.1974 seine fristgerechte schriftliche Kündigung. Dies wurde mit "Arbeitsmangel" begründet. Seltsamerweise geschah dies einen Tag nachdem die Kandidatur von Kollegen Planz auf der KPD-Liste auch vor seinem Betrieb bekanntgegeben wurde. Daraus ist zu schließen, daß es sich um eine politische Entlassung handelt.

Die Solidarität im Betrieb bewirkte, daß der Betriebsrat mittlerweile seine Zustimmung zur Kündigung zurücknehmen mußte.

Inzwischen hat die Geschäftsleitung sofortige Beurlaubung und Hausverbot für den Kollegen Planz angeordnet. Zwei weitere KPD-Landtagskandidaten sind mittlerweile ebenfalls entlassen worden.

Wir fordern:

- SOFORTIGE ZURÜCKNAHME DER KÜNDIGUNG FÜR H. PLANZ UND DIE BEIDEN ANDEREN KPD-LANDTAGSKANDIDATEN !
- FREIE POLITISCHE BETÄTIGUNG IN AUSBILDUNG UND BERUF !
- UNGEHINDERTE ZULASSUNG DER KPD ZU DEN LANDTAGSWAHLEN !

Zum erfolgreichen 1. Mai 1974 brauchen wir hier nicht mehr viel zu sagen - froh wären wir, wenn die Roten Helfer und Freunde nicht nur am ersten Mai so zahlreich fotografieren würden. Seite 12-13

Die KPD/ML will die Rote Hilfe Deutschlands gründen. Zu diesem Unternehmen nehmen wir auf S. 20 Stellung. Auf den Bericht der Ortsgruppe Moabit über ihre Aktivitäten zur Unterstützung der bei Fa. Homberg entlassenen Arbeiter weisen wir hin, er ist für alle diejenigen wichtig, die wissen wollen, wie arbeitet eine Ortsgruppe der Roten Hilfe, wie bestimmt sie ihre Aufgaben?

Noch ein Wort zur Finanzierung der Zeitung. Unsere Kalkulation war bisher zu knapp. Wir haben uns deshalb entschlossen, Inserate mit in die Zeitung aufzunehmen und überlegen weitere Möglichkeiten der Finanzierung. Wir fordern unsere Leser auf, uns Vorschläge zu machen und möglicherweise Webeanzeigen von linken Verlagen, Buchläden, Kneipen usw. zu vermitteln.

Vorwärts in der Roten Hilfe mit der RHZ !

Die Redaktion

Heute Jendrian



Der 24-jährige angestellte Taxifahrer ist ein typischer "Schwabinger Typ" (Spitzname: Calvados), in allen Kneipen bekannt. Er ist gesellig, spielt Trompete und liest Asterix-Hefte. Aus der SPD ist er vor einem halben Jahr ausgetreten, "weil sie ihm zu links war" (Zeuge Dr. Wondratsch).

Nach Angaben von Freunden und Bekannten begreift sich Jendrian als "bewußt unpolitisch". In Schwabing ist er ordnungsgemäß mit zweitem Wohnsitz gemeldet. Sein Hauptwohnsitz ist in Buch am Ammersee, wo er bei dem Psychologen Dr. Wondratsch zur Untermiete wohnt. Mit diesem verbindet ihn eine gute Bekanntschaft.

Warum macht das Killerkommando Jagd auf Günther Jendrian?

Die Münchner Staatsanwaltschaft sucht Roland Otto, der wegen Beteiligung beim Bankraub der Margit Geier-Czenky verurteilt wurde und von seinem letzten Strafurlaub nicht in den Knast zurückgekehrt ist. Auch seine Verlobte, Gertraud Will, ist inhaftiert. Ihr wurde von der Staatsanwaltschaft unter anderem die Beteiligung an einer "kriminellen Vereinigung" vorgeworfen, ohne daß bis heute Beweise vorlägen. Im Rahmen einer Hausdurchsuchung bei dem Bruder der Ger-

traud Will - von der politischen Polizei immer wieder unter dem Vorwand der "Anarchisten-Jagd" veranstaltet - wird ein Brief gefunden, in dem ein Hinweis enthalten sein soll, daß der untergetauchte Roland Otto zufällig und versehentlich in irgendeiner Schwabinger Wohnung mit einem gewissen G. Jendrian, der den Otto aber nicht kenne, zusammengetroffen sei.

Offenbar um Jendrian nach diesem Zusammentreffen mit Otto zu befragen, dringen am 21. 5. um 1. 30 Uhr nachts der politische Staatsanwalt Schneider mit mehreren Polizisten in Buch am Ammersee in die Wohnung des Dr. Wondratsch ein. Ein Hausdurchsuchungsbefehl wird nicht vorgelegt.

Dr. Wondratsch und seine Frau werden 1 1/2 Stunden über ihren Untermieter Jendrian verhört. Unter anderem erklärt Dr. Wondratsch dabei, daß:

1. Jendrian in der Adalbertstraße 10 in München polizeilich gemeldet sei;
2. Jendrian wegen eines Einbruchs bei sich auch schon Kontakt mit der dortigen Polizeistelle Heßstraße habe;
3. Jendrian jeder Aufforderung zur polizeilichen Vernehmung sofort nachkommen würde;
4. Jendrian völlig unpolitisch sei;
5. Jendrian vor einem halben Jahr aus der SPD ausgetreten sei, weil sie ihm zu links war;
6. Jendrian ein Kleinkalibergewehr zu sportlichen Zwecken besitze und als Taxifahrer einen Waffenerwerbsschein habe;
7. jeder Verdacht gegen Günther Jendrian unbegründet sei.

Als am 21. Mai der Münchner Taxifahrer Günther Jendrian gegen 1 Uhr nachts Kasse machte, ahnt er nichts davon, daß er von den Münchner Staatsanwälten Wahl und Emmerich als nächstes Opfer ihrer neuesten "Anarchisten"-Jagd ausgesucht ist.

Günther Jendrian fährt an diesem Tag 148.- DM ein. Mit Freunden geht er noch ein Bier trinken und legt sich gegen 2 Uhr ins Bett.

Offenbar ist zu dieser Zeit sein Todesurteil bereits gesprochen: Die Staatsanwälte Wahl und Emmerich, berühmteste Vertreter der bayrischen Klassenjustiz, lassen ihre Terroristentruppe (Mobiles Einsatzkommando MEK) aus dem Kasernenkäfig los. Ziel: Die Schwabinger Wohnung des Taxifahrers Günther Jendrian in der Adalbertstraße 10.



morgen jedermann

Nachdem der Staatsanwalt Jendrians Sachen durchwühlt und teilweise mitgenommen hatte, verläßt er um 3 Uhr nachts die Wondratschs.

Die Rote Hilfe hat ermittelt: Obwohl die Staatsanwaltschaft (SA) zu diesem Zeitpunkt bereits weiß, daß Günther Jendrian kein schwerbewaffneter Krimineller ist, wird ein bürgerkriegsmäßig bewaffneter Spezialtrupp (MEK) losgejagt. Obwohl die Staatsanwaltschaft Jendrian über Funktaxi hätte erreichen können, machte sie nicht einmal den Versuch. In der ersten Darstellung der SA nach dem Mord steht denn

auch, wie sie die Sache sieht: Der geringste Anlaß, auf "Anarchistenjagd" zu gehen, also politische Gegner zu verfolgen, ist Rechtfertigung genug, die auf Kopf- und Herzschuß trainierten Killer-Kommandos loszuschicken.

Kaltblütig erschossen

Um 3 Uhr nachts rücken 60 schwerbewaffnete Killer in der Adalbertstraße ein. Sie gehen vor wie im Bürgerkrieg: Maschinengewehre werden aufgestellt und in Anschlag gebracht. Die Eingänge werden gesichert, die Straße abgeriegelt. Bekleidung: Lederschaftstiefel, Eisen-

platten, Stahlhelme mit Seh-schlitz, MP entschert im Anschlag, am Hüftgürtel beider-seits baumelnde Colts, auf der Brust rechts und links Pistolen, also 5 schußbereite Waffen pro Mann (Zeugenbeschreibung). Keine Lautsprecher- oder Megaphondurchsagen.

Ein Trupp schlägt mit Gewehrkolben an die Tür.

Jendrian liegt seit einer Stunde fest schlafend im Bett. Ein Mitbewohner, der unmittelbare Tatzeuge Wolfgang Ghiman geht schlaftrunken, nur in der Unterhose, zur Tür, als er hört: "Aufmachen, Polizei!" Auch er hört keine Lautsprecherdurchsagen.

Als Wolfgang Ghiman die Tür öffnet, schießt das Kommando los. Die MP-Salve durchschlägt die Tür 3 cm über Ghimans Kopf! Er überlebt, weil er nur 1,60m groß ist.

Ghiman zuckt tödlich erschrecken zusammen und flüchtet den Flur entlang. Dabei sieht er den Todesschützen, der die zweite (vernagelte) Wohnungstür eingetreten hat, sich in den Flur hechtet und mit seiner MP losballert in Richtung von Jendrians Zimmertür. Ghiman hört einen Todesschrei, schweres Stürzen eines Körpers, Ruhe.

Günther Jendrian wurde durch 2 Schüsse in die Herzgegend ermordet. Aus dem Türspalt, den er geöffnet hatte, stürzt er mit vollem Gewicht auf das Waschbecken neben der Tür, das aus seiner Verankerung gerissen wird.

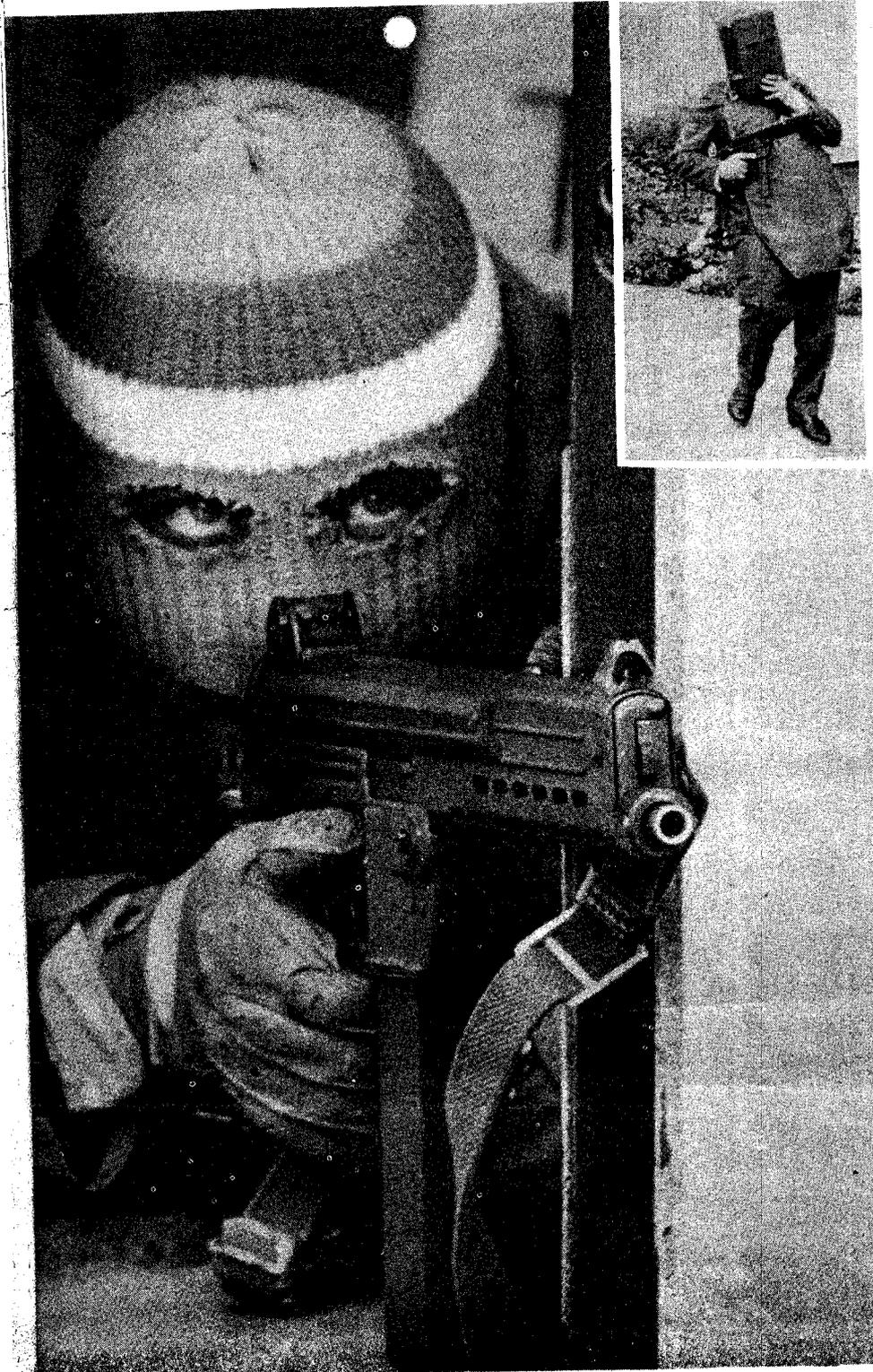
Sofortige Auflösung der MEKs!

Günther Jendrian ist erschossen worden, weil es Polizeieinheiten gibt, die zum Erschießen anderer ausgebildet werden. Jeder Einsatz von ihnen wird Menschen töten. Die MEKs müssen aufgelöst werden!

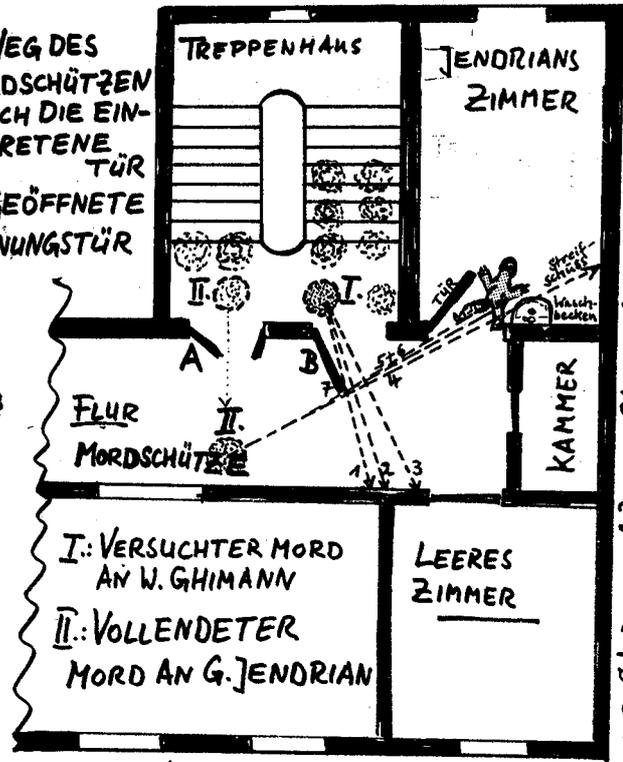
Günther Jendrian ist erschossen worden, weil Staatsanwaltschaft und Polizei gegenüber politischen Gegnern dieses Gesellschaftssystems - mögen "Verdachtsmomente" auch noch so abwegig sein -

Bild:

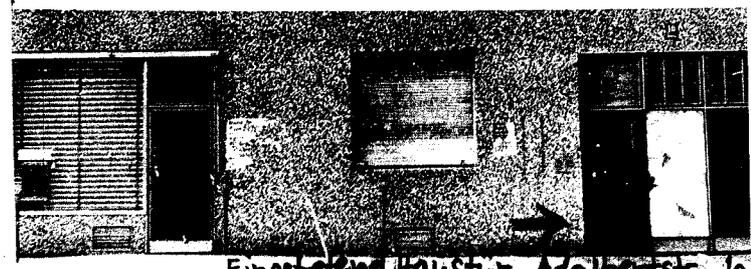
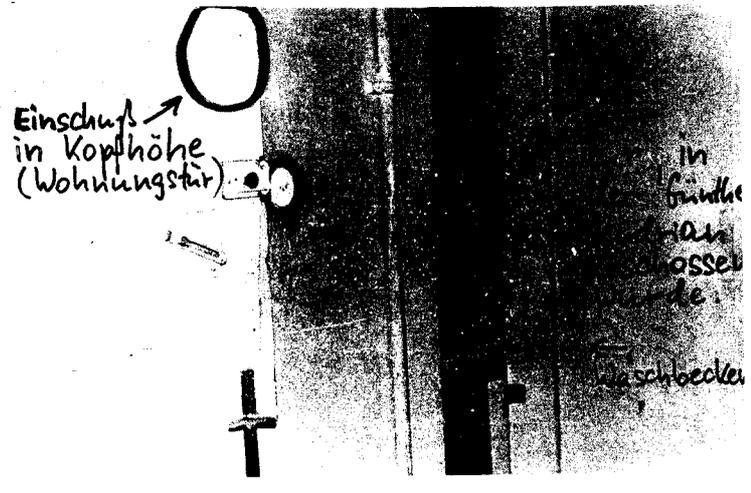
Beamte (!) der Killertrupps. Die geheime Untergrundorganisation der Staatsgewalt ist eine Bedrohung der Öffentlichkeit



A: WEG DES MORDSCHÜTZEN DURCH DIE EINGETRETENE TÜR
 B: GEÖFFNETE WOHNUMGSTÜR



A-3 Schüsse auf Zeugen Ghimann (Einschläge in die Wand)
 3 durchschlägt die Tür in Kopfhöhe
 4 Streifschuss
 5-6 Todesschüsse (mindestens zwei)



ADALBERTSTRASSE

=MEK-KILLER

mit Hilfe von MÜNCHEN

gewissenlos deren Liquidierung in Kauf nehmen. Wir müssen für die Bestrafung der Verantwortlichen kämpfen, sie vor die Öffentlichkeit zerren!
 Günther Jendrian ist erschossen worden, weil der kapitalistische Staatsapparat sich auf den Bürgerkrieg eingestellt hat und planmäßig menschenverachtende Truppen ausbildet. Die drei Spezialkommandos, die es allein in München gibt, sind für größere Einsätze gerüstet worden: für Einsätze als Stoßtruppen gegen Demonstranten, als Greiftruppen bei

selbständigen Streiks, als Überfalltruppen bei Haus- und Bürodurchsuchungen politisch mißliebiger Menschen und Organisationen. Sie werden jedesmal ihre MP's einsetzen, um ihre Stärke zu demonstrieren und abzuschrecken. Der kapitalistische Staat greift in dem Maße wie der Unmut und Widerstand der Bevölkerung für seine Existenz zur Bedrohung wird, zur Gewalt. Die Gewalt abzuschaffen, erfordert die Abschaffung der bestehenden Unterdrückungsverhältnisse!

Wer die Macht hat, hat das Recht

Die Münchner Staatsanwaltschaft hat am Beispiel ihrer Ermittlungen zum Fall Günther Jendrian unter Beweis gestellt, daß Staatsorgane keine Lüge scheuen, wenn es darum geht, eigene Verbrechen zu decken.

In der ersten Stellungnahme von Oberstaatsanwalt Fendt wird das Märchen von der Notwehr des Todesschützen zum erstenmal aufgetischt: "Als die Türe nach zunächst erfolglosen mehrfachen Aufforderungen der Polizei schließlich doch geöffnet wurde, und die Beamten versuchten, in die Wohnung zu gelangen, kam es zum Schußwechsel mit dem bewaffneten Günther J., der dabei getötet wurde... Ein Polizeibeamter sagt

aus, daß Jendrian auf ihn geschossen habe..." Fendt nährt den Verdacht, daß Jendrian "in Verbindung mit anarchistischen Kreisen" gestanden habe. Das Kalkül ist, daß die Bevölkerung sich an die Ermordung von Anarchisten inzwischen weitgehend gewöhnt habe.

Die bürgerliche Presse berichtet polizeigetreu: "1 Toter bei Razzia nach Anarchisten" (tz); Schußwechsel mit der Polizei - ein Toter; Verbindung zu Anarchisten? (Südd. Zeit.); "Kripo jagd rollendes Bombenlabor - Taxifahrer bei Schießerei in einer Schwabinger Anarchistenwohnung getötet" (Bild).

Nach zwei Tagen steht fest, daß

10 Fragen

an Oberstaatsanwalt Fendt



- Wieso werden Schüsse, die in Kopfhöhe abgegeben und auf Menschen gerichtet sind, als "Warnschüsse" ausgegeben?
- Warum berichtet die Staatsanwaltschaft der Presse wahrheitswidrig, daß Günther Jendrian geschossen habe?
- Warum wurden die Einschußlöcher unkenntlich gemacht?
- Warum wurde das Zimmer von Jendrian nicht sofort versiegelt und später nochmals von der Polizei aufgesucht?
- Warum gibt es von den tödlichen Verletzungen Jendrians nur Polizeizeugen?
- Warum wurde versucht, dem Hauptzeugen Ghimann in einem 12stündigen Verhör den Tathergang "klarzumachen"?
- Warum hält die Staatsanwaltschaft wahrheitswidrig an der Notwehrsituation fest?
- Warum kennt die Bevölkerung die vermummten Spezialeinheiten bis heute nicht?
- Warum werden die Namen des Todesschützen, des Einsatzleiters und der anderen Verantwortlichen nicht bekanntgegeben?
- Warum werden alle Versuche der Offenlegung durch Beschlagnahme von Flugblättern und Hausdurchsuchungen behindert?

Günther Jendrian nicht geschossen hat, daß er keine Verbindung zu Anarchisten hatte. Die Zwecklügen der Staatsanwaltschaft sind geplatzt. Trotzdem wird aufrechterhalten, daß die schwerbewaffneten, bis zum Kopf in Eisen steckenden Killertrupps in Notwehr gehandelt hätten: "Die Polizeibeamten erschossen G. J. in Notwehr... Für ein unrechtmäßiges Verhalten der Polizei haben sich nach dem jetzigen Stand der Ermittlungen nicht die geringsten Anhaltspunkte ergeben"

(SA München am 24. 5.).

Keine Anhaltspunkte, obwohl sicher ist, daß die Polizisten ohne das geringste Anzeichen einer Bedrohung in Kopfhöhe durch die Wohnungstür schossen? Obwohl der Todesschütze schon beim Hineinhechten mit seiner MP die tödlichen Schüsse abgab? Wer die Macht hat, hat das Recht. Diesem "Recht" und den Lügen und Verdrehungen der Staatsgewalt entgegenzutreten, war und ist die Aufgabe der Roten Hilfe und aller empörten Menschen.

politischen Gruppen zu bringen ist. Wir machen deutlich, daß wir wie alle anderen verhindern müssen, daß diese Polizeieinheiten vor Menschenleben nicht zurückschrecken, daß gerade der Tod von Günther gezeigt hat: Jeder ist durch diese Einheiten der Staatsgewalt bedroht! Unsere Gegenermittlungen führten uns zur Pressekonferenz der Rechtsanwälte, zu den Zeugen Dr. Wondratsch und einem Freund von Günther Jendrian. Wolfgang Ghiman, Jendrians Mitbewohner, berichtet, wie die SA versucht hat, ihm in mehr als zwölfstündigem Verhör den Tathergang "klarzulegen". Jugoslawen im Parterre - noch völlig verängstigt - erzählen, daß sie nur die MP-Salven gehört haben. Wir untersuchen die Wohnung und fotografieren alles genau. Es stellt sich heraus, daß die SA entscheidende Spuren verwischt hat: Die Einschüsse an der Wand wurden unsachgemäß entfernt, so daß Zahl, Art und Richtung der Projektile nicht mehr eindeutig bestimmt werden kann. Die Wohnung wurde nicht versiegelt. Das Gewehr Jendrians wurde nicht am Tatort untersucht, so daß die Polizei zunächst behaupten konnte, Jendrian habe geschossen.

Für diese Gegenermittlungen muß eine Gegenöffentlichkeit geschaffen werden. Deshalb wurde sofort ein Untersuchungsausschuß gebildet, ein Komitee zur Aufklärung des Mordes gründete sich. Auf der ersten Sitzung wurden die Forderungen aufgestellt: Offenlegung aller Untersuchungen! Hinzuziehung unabhängiger Sachverständiger! Bekanntgabe des Namens des Todesschützen und der verantwortlichen Einsatzleiter und Staatsanwälte!

Unterschriften wurden gesammelt, Prominente haben sich eingeschaltet. Eine Demonstration war der erste Höhepunkt der Mobilisierung der Öffentlichkeit.

Der Anfang ist gemacht: Unser schnelles Handeln hat dazu beigetragen, die Wahrheit ans Licht zu bringen. Die Bestrafung aller Verantwortlichen, die Auflösung der MEKs, das sind die Kampfaufgaben!

Gegenermittlungen und Gegenöffentlichkeit



Die Nachricht von der Erschießung Günther Jendrians geht wie ein Lauffeuer durch München. Zu einer spontanen Protestaktion vor dem Haus Adalbertstraße 10 kommen 200 Menschen, darunter viele aus der Umgebung. Unter ihnen ist auch Illo von Rauch, die Frau des ebenfalls

von der Polizei erschossenen Georg von Rauch.

Am Rande steht die Verlobte von Günther Jendrian. Sie ist fassungslos. Sie hat insbesondere Angst, daß durch unsere Protestkundgebung die Polizei einen Anlaß bekommt, daß Günther doch in Zusammenhang zu



Bildgr:

400 Menschen folgen dem Aufruf der Roten Hilfe und des KSV zur Demonstration nach dem Mord in München

Kein Monat vergeht ohne tote Polizeiopfer. Der bisherige Innenminister Genscher, NRW-Innenminister Weyer, Münchens Polizeipräsident Schreiber und alle anderen, die die Aufstellung der Mobilen Einsatzkommandos (MEK) als Wohltat für die Bevölkerung hochgejubelt haben, können sich die Hände reiben: Ihren Spezialisten entgeht niemand, den sie ins Visier nehmen.

Günther Jendrian ist nur eines von vielen Todesopfern, die die planmäßige Ausbildung der Spezialistentrupps zur Vernichtung des jeweiligen Gegners bis heute gekostet hat. Opfer der letzten Wochen sind:

Der Bankräuber Martin Gonzales, der in Hamburg auf offener Straße von einem MEK-Spezialisten hingerichtet wird. Eine unblutige Lösung sucht die Polizei erst garnicht. Gesetzesübertretungen werden mit der Todesstrafe geahndet.

Immer schießwütiger



Polizei-Übergriffe in jeder Stadt? Schreibt an die RHZ-Redaktion, 46 Dortmund, Heroldstr. 50

Ein noch unbekannter Bankräuber, der mit einer Pistole mehrere Menschen anschoß, wird in Hannover von MP-Salven niedergemäht. Er befand sich allein in einem Fußgängertunnel. Ein Beamter: "Wir haben von beiden Seiten voll draufgehalten. Da gab es für den Kerl keine Chance." Dem Unbekannten wurde die linke Gesichtshälfte weggeschossen. Offizielle Polizeiversion: Er habe sich mit einer eroberten Polizeipistole selbst erschossen.

Damit das gezielte Erschießen künftig für jeden Polizisten ganz ohne Risiko ist, basteln Schreiber und andere Vorreiter der Polizeijustiz am Entwurf eines 'Sicherheitsgesetzes', das den Todesschuß erlauben soll.

Die MEKs - die James Bonds - als Vorbild im Auge, werden auch die normalen Schutzpolizeinheiten jeden Tag brutaler. Die Schießwut nimmt zu. Nach der Ermordung Erich Dobhardts bei der Verfolgung wegen eines Radiodiebstahls jagte jetzt in Dortmund die Polizei einen angetrunkenen Autofahrer so lange, bis er gegen eine Mauer fuhr - die Polizisten hatten ihm die Reifen

zerschossen. Der 20-jährige ist tot.

Überall gehört es zum Polizeialltag, daß Menschen von Polizisten zusammengeschlagen werden. Oft auf der Polizeiwache. Der einzelne ist dort machtlos, weil er weiß, daß er im Falle einer späteren Anzeige alle Polizisten als Zeugen gegen sich hat und obendrein mit einer Strafanzeige wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt rechnen muß.

Ganze Armeen von Polizisten werden bei Demonstrationen eingesetzt und eskalieren die Auseinandersetzungen. In Frankfurt wurde die ganze Stadt mit giftigem Tränengas verseucht. Viele Bewohner haben Gesundheitsschäden erlitten. Der 17-jährige Schüler Thomas Hytrek wurde von einem Wasserwerfer überfahren.

Gerade in Arbeiterstädten, wo die Polizei noch nie als "Freund und Helfer" angekommen ist, herrscht Empörung über Brutalität und Schikane der Uniformierten. Es entstehen die ersten Keimformen organisierter Widerstands.

Nachdem in Dortmund-Hörde am 1. Mai mehrere Jugendliche von der Polizei grundlos zusammengeschlagen wurden, bildeten einige der Betroffenen, Verwandten und Freunde die Bürgerinitiative "Polizeieinsatz 1. Mai".

Mit der Gründung von Komitees zur Aufklärung der Morde an Günther Jendrian und Erich Dobhardt hat die Rote Hilfe gezeigt, wie überall die Empörung zusammengefaßt werden muß: Nichts fürchtet die Polizei mehr, als daß sich die empörten Bürger zusammenschließen, um das Unwesen der Polizei aufzudecken. Die Polizeiführer und ihre Untergebenen müssen wissen: Wer von ihnen schießt und schlägt, wird samt seinen Vorgesetzten öffentlich angeklagt werden! Statt Einschüchterung zu erreichen, werden neue Komitees entstehen! Über den einzelnen Fall hinaus wird es Aufgabe solcher Selbsthilfeorganisationen des Volkes sein, auch für die Abschaffung der MEKs, gegen die weitere Aufrüstung der Polizei einzutreten.



Frankfurt: Im Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen

Tränengas gegen Tausende

"Verbundfahren bringt uns alle weiter!" So kündigte der Frankfurter Verkehrsverbund (FVV) in Straßenbahnlautsprechern und Presse seine Einführung an. Doch von "Weiterbringen" kann angesichts der Fahrpreiserhöhung keine Rede sein. Die empörte Bevölkerung organisiert sich im Stadtteil und in den Betrieben. 50 000 unterschreiben die Forderung: "Weg mit den Fahrpreiserhöhung." Über 2 000 Menschen versammeln sich auf der Zeil, um gegen die Verteuerung zu kämpfen. Der Magistrat, nicht gewillt, die Erhöhung zurückzunehmen, läßt

stattdessen den Demonstrationszug mit Wasserwerfern, Tränengas und Knüppelinsatz überfallen. Rücksichtslos waltet die Polizeiwillkür: im Volltempo jagen Wasserwerfer über die Zeil und spritzen wahllos umher. Unbeteiligte Passanten, alte Leute und Kinder leiden unter der hochkonzentrierten Tränengaslösung. Während der Auseinandersetzung wird der 17-jährige Schüler Thomas Hytrec von einem Wasserwerfer überfahren und lebensgefährlich verletzt. Von diesem Zeitpunkt an richtet sich die Empörung hauptsächlich gegen den Polizeiterror.

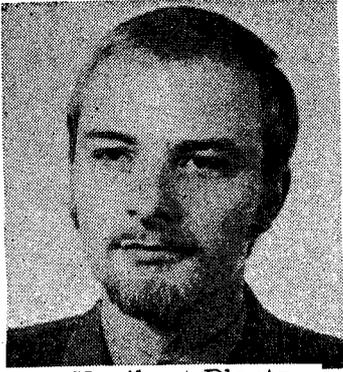
Neben der juristischen und politischen Hilfe sahen wir es als Hauptaufgabe an, den medizinischen Schutz zu organisieren. Gut als Rote Helfer erkennbar und mit Verbandstaschen ausgerüstet, zogen wir auf die Zeil. Wir spülten den von Tränengas Betroffenen die Augen aus, verbanden kleinere Verletzungen und holten bei schwereren Fällen den Krankenwagen, z. T. auch über Polizeifunk.

Immer mehr Menschen kamen spontan zu uns und fragten, ob sie uns unterstützen könnten. Oft kam es auch vor, daß die Menschen, die wir verarzteten, uns nach der Behandlung Geld in die Hand drückten und sich herzlich bedankten.

Der Erfolg ist auch am Spendenergebnis zu sehen: insgesamt konnte die Rote Hilfe 1 000 DM sammeln. Ein Teil des Geldes wurde sofort an den von Wasserwerfern überfahrenen Schüler Thomas Hytrec weitergeleitet. Vom Rest vervollständigten wir wieder unsere medizinische Ausrüstung.



ORTSGRUPPE FRANKFURT



Heribert Plantz,
Setzer aus Gießen

KPD- Landtagskandidat gekündigt

Das Recht auf politische Betätigung ist eines der Grundrechte unserer "freiheitlich-demokratischen Grundordnung", so steht es in der Verfassung und so tönen es die Volksvertreter. Aber in Wirklichkeit sieht es ganz anders aus: Nachdem am 25. April in Giessen per Flugblatt bekanntgegeben wurde, daß der Schriftsetzer Heribert Plantz für die KPD zur Landtagswahl in Hessen kandidiert, reagierte die Geschäftsleitung seiner Zeitung prompt mit der Kündigung des Genossen am nächsten Tag. Begründet wurde diese Maßnahme mit angeblichen "Arbeitsmangel und erheblichen Auftragsrückgang". Wie schätzt der Genosse seine Kündigung ein?

Frage: Genosse Heribert, Deine Kündigung wurde mit Arbeitsmangel begründet. In welchem Zusammenhang steht sie zu Deiner Landtagskandidatur?

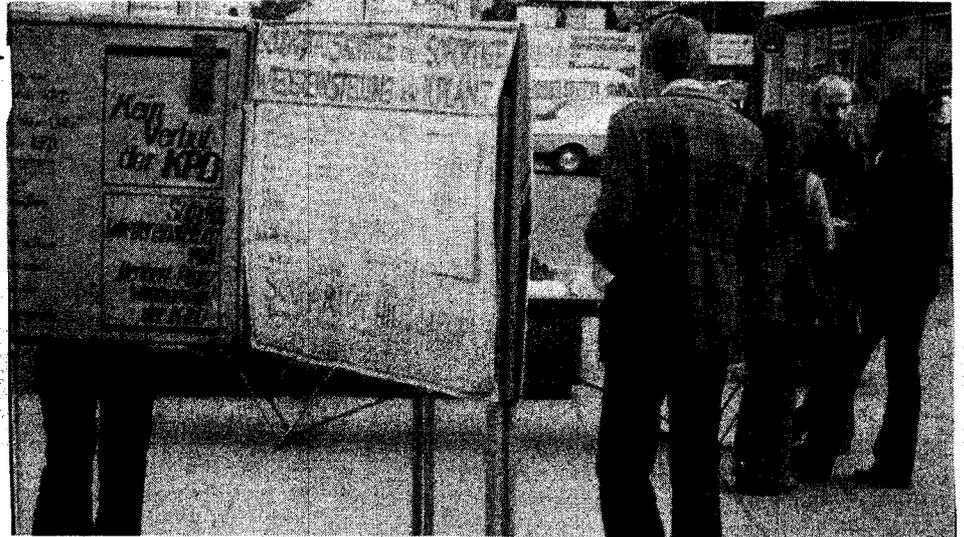
H.P.: Seit ca. einem Viertel Jahr hat der Rote Fahne-Freundeskreis Giessen zu Ereignissen im Bereich der Drupa und der beiden Druckbetriebe Stellung genommen. Ich wurde schon damals hiermit in Verbindung gebracht. Nachdem die KPD ihre Wahlteilnahme in Hessen und die Landesliste veröffentlichte, richtete der NRW-Innenminister Weyer erneut einen Verbotsantrag an die Bundesregierung; dies alles bewirkte die Reaktion der "Allgemeine n Zeitung": Kündigung! Sie ist eindeutig im Zusammenhang gerade mit der Kandidatur zu sehen. Die Kollegen im Betrieb meinten nach Bekanntgabe der Landesliste: "Jetzt stehst du auf der schwarzen Liste," sie glaubten schon lange nicht mehr an politische Freiheiten in diesem System. Der Einsatz der Kollegen bewirkte dann die Zurücknahme der Zustimmung des Betriebs-

rates zur Kündigung, und weiterhin den Beschluß der Geschäftsleitung auf Hausverbot für mich; damit soll ein Kommunist von seinen Kollegen getrennt werden! Frage: Was bedeutet die Kündigung für Dich persönlich, und hat sie Auswirkungen auf Deine Kollegen?

H.P.: Durch die finanzielle Einbuße muß ich meine Wohnung wechseln. Sie ist jetzt zu teuer. Einen neuen Arbeitsplatz werde ich in Giessen wohl nicht mehr erhalten: die hiesigen Druckbetriebe stellen keine neuen Arbeiter mehr ein, außerdem werden sie einem KPD-Landtagskandidaten mit größtem Vorbehalt behandeln. Die Kündigung bewirkte bei meinen Arbeitskollegen ungeheure Empörung! Über den ange-

ren". Also, mir soll die Teilnahme an der Massenarbeit verwehrt werden. Ansonsten treffen laut Ausführungen des DGB-Rechtsanwaltes die Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf mich nicht zu. Ich sei ein engagierter Gewerkschafter. Die Bonzen werden versuchen, durch Eingehen auf meinen Fall den Protest der Kollegen aufzufangen und später dann ein schärferes Vorgehen gegen mich durchsetzen.

Die Rote Hilfe Ortsgruppe Giessen unterstützte den Genossen in seinem Kampf um die sofortige Wiedereinstellung. Durch eine gezielte Pressearbeit gelang es, daß die Frankfurter Rundschau und die Wetzlarer Neue Zeitung über die Kündigung berichteten.



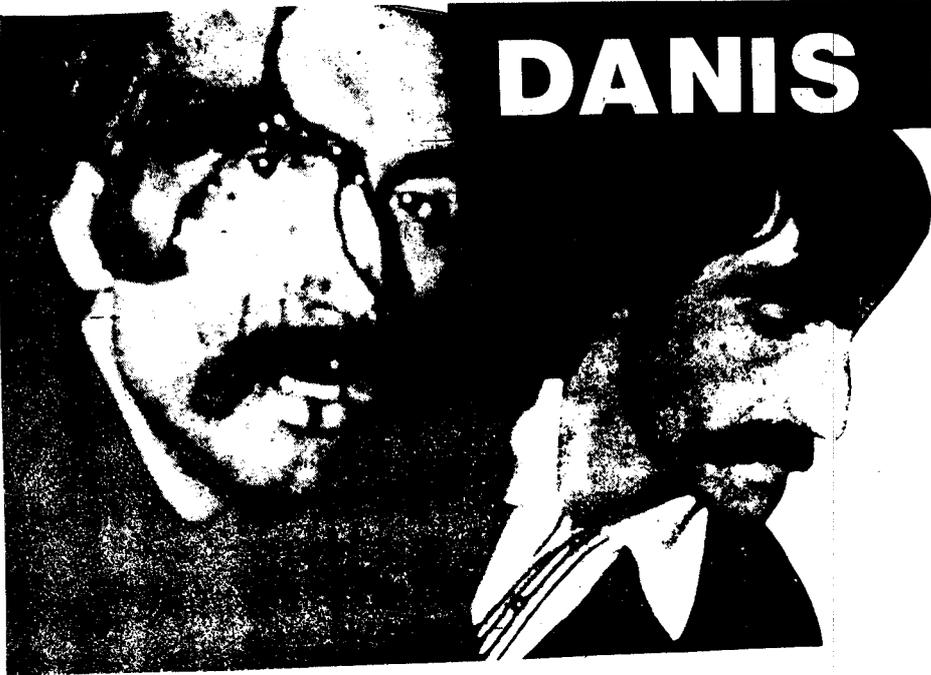
gebenen Grund lachten sie nur, denn sie müssen jetzt mehr Arbeit leisten. Teilweise haben die Kollegen jetzt vier Wochen lang Nachtarbeit zu machen.

Frage: Wie verhält sich die Gewerkschaft Dir gegenüber?

H.P.: Auf meinen Antrag hin gewährte mir der DGB Rechtsschutz aber mit dem Hinweis auf die Satzung, wo es heißt: "kein Eingriff in ein schwebendes Verfah-

Nachdem zwei weitere KPD-Kandidaten ebenfalls ihre Kündigungen erhielten, kämpfte das Komitee nicht mehr nur für die Wiedereinstellung von H. Plantz sondern prangerte den Entlassungsterror gegen KPD Kandidaten an und forderte das Recht für die KPD auf ungehinderte Teilnahme an den Landtagswahlen.

DANIS NESET



ist von Faschisten ermordet worden

Angefeuert durch den Ruf des türkischen Konsulatvertreters Ayfer Özcanoglu: "Schlagt zu, schlägt zu, die Kommunisten wollen rein! Wer seinen Gott liebt, schlägt die Kommunisten," stürzte sich eine faschistische Schlägerbande auf demokratische türkische Arbeiter, die zur Jahresversammlung des türkischen Arbeitervereins erschienen waren, um einen neuen Vorstand zu wählen. Die Faschisten schlugen mit Stühlen und Totschlägern auf Arbeiter und Studenten ein. Zehn Arbeiter erlitten schwere Kopfwunden, einer von ihnen -Danis Neset- starb infolge mehrerer Schädelbrüche nach 16 Tagen in einem Hamburger Krankenhaus. Die Faschisten haben ihn totgeschlagen.

Auf der Versammlung des türkischen Arbeitervereins, am 5. 5. 1974 in Hamburg-Norderstedt, sollte der alte Vorstand - aus den Reihen der Arbeiter selbst-ersetzt werden. Die türkischen Reaktionäre wollten mit allen Mitteln eine demokratische Wahl verhindern und hatten dazu schon einige Wochen vorher "Polizeischutz" angefordert. Viele Arbeiter fürchteten sich daher und betraten erst das Lokal, als ein deutscher Rechtsanwalt erschien und ihnen das Recht auf freien Zutritt verschaffte.

Bei der Verteilung von Wahlaufrufen, in denen demokratische Arbeiter den Vorstand bilden sollten und der sicher gewählt worden wäre, begannen Faschisten zu prügeln. Ein furchtbares Gemetzel fing an. Einige Arbeiter flüchteten aus dem Lokal, sprangen z. T. durch geschlossene Fenster, um ihr Leben zu retten. Dabei wurde Danis Neset ermordet.

Anführer und brutalster Schläger war Kazim Gelgi - Konsulatsintimus und Mitglied des alten Vorstandes. Die Polizei, an der Spitze Kripochef Buchholz, wendete sich zwecks "Aufklärung des Sachverhalts" natürlich an die Konsulatsclique, von der sie ei-

ne Namensliste der fortschrittlichen Arbeiter bekam. Sofort gingen sie zu Verhaftungen der Geschlagenen, nicht der Schläger über. Festgenommen wurden 4 türkische Arbeiter, die Gegner des alten Vorstands waren. Ferner wurden Zeugen z. T. länger als einen Tag inhaftiert, die sich freiwillig bei der Polizei gemeldet hatten, um auszusagen, was sich wirklich ereignet hatte. Ebenso inhaftierte die Polizei Dolmetscher, die sich freiwillig zur Verfügung gestellt hatten.

Dieses offene Zusammenspiel deutscher Behörden mit faschistischen Beamten, der türkischen Konsulate sowie Agenten des türkischen Sicherheitsdienstes und der bürgerlichen Presse - die natürlich nur Konsulatsberichte abdruckte - ist kein Einzelfall. Überall in der BRD, zuletzt in Frankfurt und Köln, werden türkische Patrioten, Arbeiter und Studenten verhaftet, z. T. mit der Beschuldigung, Mitglieder einer "Kriminellen Vereinigung" zu sein.

Als Reaktion auf die faschistischen Machenschaften fanden in Hamburg und Neumünster Demonstrationen und Kundgebungen statt, die auch die Rote Hilfe unterstützte.

Als am 21. Mai Danis Neset mobilisierte die Rote Hilfe und die Liga gegen den Imperialismus zu einer Kundgebung vor dem Untersuchungsgefängnis in Neumünster, wobei es den Organisationen gelang, Kontakt zu den Inhaftierten herzustellen, die Bevölkerung auf die Vorgänge aufmerksam zu machen, die von Anwälten erstellten Broschüren zu verkaufen und Flugblätter in türkisch und deutsch zu verteilen.

Als am 24. Mai 4 Türken aus der Untersuchungshaft entlassen werden mußten, hatten sich türkische Arbeiter und Studenten zusammen mit der Liga gegen den Imperialismus und der Roten Hilfe vor dem Gefängnis zu einer spontanen Kundgebung eingefunden. Wir begrüßten die endlich herausgelassenen politischen Gefangenen mit den Parolen:

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

WEG MIT DEN REAKTIONÄREN AUSLÄNDERGESETZEN!

FÜR DEN GERECHTEN KAMPF DES TÜRKISCHEN VOLKES - TOD DEM FASCHISMUS!

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT! forts. S. 11

Für Samstag, den 1. Juni ist eine große regionale Demonstration aller in- und ausländischen Organisationen als Trauerzug geplant. Die Hauptforderungen sollen sein:

SOFORTIGE EINSTELLUNG ALLER VERFAHREN GEGEN VELI CANER, YALCIN GÜBİZ, AZIBALC UND MUSTAFA AK!
BESTRAFUNG DER VOM TÜRKISCHEN KONSULAT GEDUNGENEN MÖRDER UND DEREN HELFERSHELPER!
WEG MIT KRIPOCHEF BUCHHOLZ!

GLEICHES RECHT FÜR DEUTSCHE UND AUSLÄNDISCHE ARBEITER!

DEMOKRATISCHE WAHLEN IM TÜRKISCHEN ARBEITERVEREIN!



Kundgebung vorm Knast in Neumünster für die 4 inhaftierten Türken. 22.5.74

Prozeßnachrichten:

Neuwied:

Polizei will "Erkenntnisse" gewinnen - Beleidigungsklage

Arnold Weiß war im Dezember 1973 beim Verkauf der IS, der Zeitschrift der Liga gegen den Imperialismus, festgenommen worden und auf der Polizeiwache verprügelt worden. Seine Strafanzeige gegen die Prügelpolizisten hatte bisher keine Konsequenzen, stattdessen wurde er wegen "Beleidigung" der Regierung richterlich vernommen. Er wurde jedoch nicht zum Wahrheitsgehalt des beanstandeten Flugblatttextes befragt, sondern sah sich mit Fragen konfrontiert wie: "wieviele Mitglieder hat die Ortsgruppe Neuwied der Liga, wer ist ihr führender Funktionär, wer war Leiter der Veranstaltung der Liga in der Mittelstraße?"

Letzte Frage: "wollen Sie diese Fragen beantworten?"
Antwort: "Nein!"

Derartige Beschuldigungs- und Vernehmungsmethoden zeigen, daß die Bourgeoisie in ihrem Bestreben, fortschrittliche Organisationen als kriminelle Vereinigungen zu behandeln, nicht nachläßt.

Entsprechend verstärken wir unsere Wachsamkeit und unseren Widerstand.

Augsburg:

Wieder Einschränkung der Verteidigerrechte

Die Staatsanwaltschaft München hat gegen den Rechtsanwalt Fritz Gildemeier (Augsburg) ein standesgerichtliches Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Anlaß für das Ehrengerichtungsverfahren ist ein Leserbrief in der Süddeutschen Zeitung, in dem Fritz Gildemeier nachweist, daß die Klassenjustiz sich seit der Weimarer Zeit nicht grundlegend verändert hat, im Gegenteil heute in den Prozessen gegen Angehörige der RAF, im Prozeß gegen Uli Kranzusch, sowie im Wiesbadener Ohrfeigenprozeß in großem Umfang Gesinnungsurteile fällt.

Weiter stellte er in dem Leserbrief die Frage, "ist jemals einer der Polizisten die Ohnesorg, von Rauch, Weißbecker und McLeod erschossen haben, von der deutschen Justiz zur Verantwortung gezogen worden?"

Als "Antwort" auf diese Fragen erhält Fritz Gildemeier vom Staatsanwalt den Bescheid: "... daß sie als Organ der Rechtspflege verpflichtet sind, in der Äußerung ihrer politischen Meinung gewisse Rücksichten auf ihren Stand zu nehmen". Mit dem Ermittlungsverfahren sollen diese

Rücksichten erzwungen werden oder Fritz Gildemeier sein Recht auf Berufsausübung genommen werden. Fritz Gildemeier wird jedoch weiterhin die Verteidigung seiner Mandanten in ihrem Interesse und nicht im Interesse der Klassenjustiz durchführen.

Westberlin:

Im Prozeß gegen Asdonk, Berberich, Grusdat und Becker hat der Staatsanwalt insges. 67 Jahre Freiheitsstrafe beantragt. Die Anklage stützt sich vor allem auf den Zeugen Ruhland, der bereits im Prozeß gegen Horst Mahler von seiten der Verteidigung vollständig der Unglaubwürdigkeit überführt worden ist.

Nürnberg:

Recht auf Öffentlichkeit im Gerichtssaal verteidigt

In Nürnberg wurden 2 Antimperialisten angeklagt, weil sie lediglich während eines Prozesses gegen 6 Flugblattverteiler der Liga gegen den Imperialismus die Öffentlichkeit hergestellt hatten. Doch der Richter konnte nicht umhin und mußte das Verfahren einstellen. Er gab als Begründung an, die Angeklagten haben sich "offenbar nicht weit über dem Rahmen des damals strafrechtlich relevanten Geschehens hinaus verhalten."

Rote Nelken-Verkauf in Westberlin



Ortsgruppe Dortmund

Der 1. Mai war in unserer Ortsgruppe eine klare Sache. Der größte Teil der Genossen ging mit den oppositionellen Kollegen auf der DGB-Demonstration mit und bildete Sprechchöre wie "25 Jahre DGB - 25 Jahre Kumpanei mit dem Kapital".

Wir mieteten einen LKW, auf dem Krankenschwestern, und Ärzte mitfahren und richteten einen Behandlungsraum ein. auf dem LKW sind auch Gehbehinderte und viele Kinder mitgefahren. Andere Genossen verkauften rote Nelken. Außerdem wurden viele Rote Hilfe-Zeitungen verkauft.

Ortsgruppe Wedding

Vor dem Kaufhaus Bilka im Wedding, in der Nähe der Pottbussestraße, wo die Empörung über den Abriß des Jugendzentrums Putte in der Bevölkerung sehr groß ist, verteilten wir am Samstag vor dem 1. Mai die Rote Hilfe-Maizeitung. Viele Leute begrüßten uns vertraut und freundlich und erklärten ihre Bereitschaft, an der Demonstration teilzunehmen. In knapp einer Stunde hatten wir 400 Aufrufe auch an ausländische Kollegen verteilt.



Der 1. Mai stand in fast allen größeren ökonomischer Blöcke in den DGB-Demonstrationen. Die Ortsgruppen der Roten Hilfe halfen Blöcken beteiligt, weil sie alle zu der Arbeit wohl unter Gewerkschaftern, nicht aber mehr und mehr klassenbewußte Kollegen Ortsgruppe Frankfurt schreibt: "Wie zeigte sich bald: Auf der DGB-Demonstration Gewerkschaften zu sehen, vielmehr trug wie "Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen".

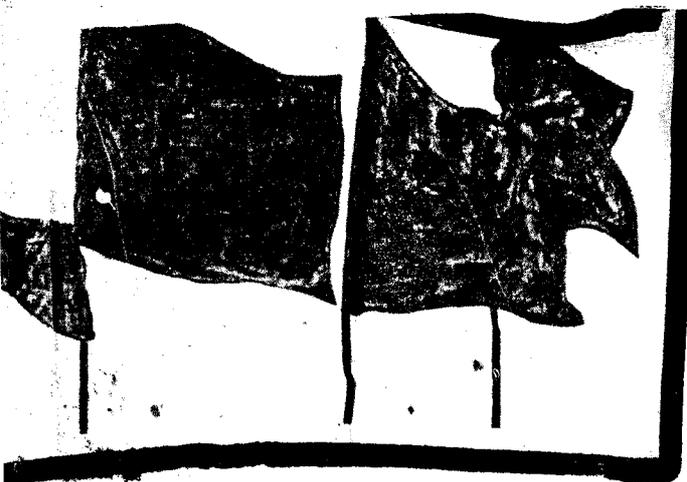
Bis auf München und Kreuzberg haben auch an revolutionären Demonstrationen teilgenommen. Revolutionäre Demonstrationen gab, fragten die Kollegen als wir die Solidarität organisierten?" Wir die westberliner Genossen überwiegend für den Kampf der Roten Hilfe durch die Solidarität durch Unterstützung unserer Kollegen durch Geldspenden für entlassene Kollegen und die Freilassung von Solidaritätsresolutionen unterstützt. Die KPD hat die Solidaritätsbewegung in Ford/Köln und hier in Westberlin bei dem Kampf begriffen. Sie hat uns Unterstützung der Isolierfolter und die Freilassung

Auch 1974 war der 1. Mai wieder festlich. Wir gehen im nächsten Jahres gegen Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse in revolutionärer Einheit, die die Revolution schreitet voran!

Bild links: 25 000 oppositionelle Gewerkschafter unter roten Fahnen in Westberlin.

Unten links: transparent, Politik der Gewerkschaftsführer den Pranger





1974

Rote Nelken-Verkauf in Westberlin



In Städten im Zeichen großer oppositionen und revolutionärer Demonstrationen haben sich überall an den oppositionellen Auffassung gekommen sind, daß wir er mit den Gewerkschaftsführern, die gen ausschließen, demonstrieren. Die richtig unsere Entschlüsse waren, stration waren kaum Transparente der rüg die überwiegende Mehrheit Parolen eschlüssen", "Gegen Gewerkschaftsaus-

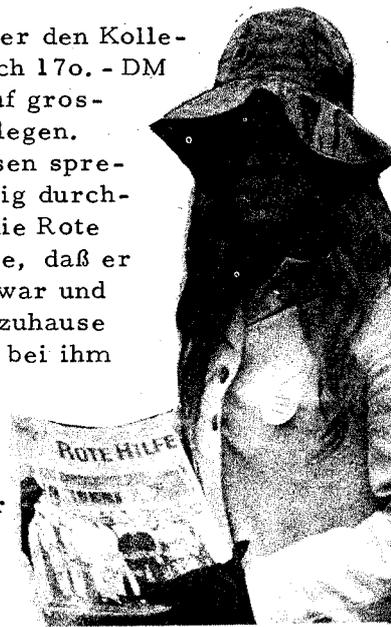
Ortsgruppe Köln

Die Aktivitäten unserer Ortsgruppe standen besonders im Zeichen des Kampfes gegen die Gewerkschaftsausschlüsse. Wir beteiligten uns im Block oppositioneller Gewerkschafter an der DGB-Demonstration. Im Vordergrund stand dabei die Unterstützung der 16 vom Gewerkschaftsausschluß bedrohten Ford-Kollegen. Daneben kam es uns darauf an, unter den Gewerkschaftern die Notwendigkeit der Unterstützung der Roten Hilfe zu propagieren und sie zu aktiver Solidarität aufzufordern.

en sich die Ortsgruppen der Roten Hilfe en beteiligt. Dort wo es mehrere revo- en die roten Helfer "Wer war zur Stelle, " Wie andere Ortsgruppen, stellten auch id fest: "Demgegenüber haben die Genos- fe bei der Organisierung der praktischen er täglichen Massennarbeit im Stadtteil, llegen und die Hafttätigkeit und durch Verab- 1 auf Veranstaltungen tatkräftig unter- wegung für die politisch Entlassenen bei . Krone, Osram als Teil ihres politischen tützt im Kampf für die sofortige Aufhe- sung von Dieter Kunzelmann."

estlicher Höhepunkt des Kampfs eines gan- erdrückung. Der Zusammenschluß der Ar- b., den zu erringen die Rote Hilfe beiträgt,

Vierhundert rote Nelken wurden unter den Kolle- gen verkauft, außerdem noch zusätzlich 170,- DM gespendet. Auch die Stelltafel stieß auf gros- ses Interesse, gerade bei älteren Kollegen. So konnten wir mit einem alten Genossen spre- chen, der sich die Tafel sehr sorgfältig durch- las und dann meinte, es sei richtig, die Rote Hilfe wieder aufzubauen. Er berichtete, daß er früher Kassierer bei der Roten Hilfe war und noch viele Abzeichen der Roten Hilfe zuhause hätte. Wir vereinbarten einen Besuch bei ihm und werden davon demnächst in der RIZ berichten.



Links: Ein Bild- ment, das die- ler Gewerk- führung an- nger stellt.

Unten Mitte: In Dort- mund rüstet die Rote Hilfe einen LKW für medizinischen Schutz und Behinderte aus.

Unten rechts: Der op- positionelle Block der DGB-Demonstration in München.

Rechts: Verkauf der Rote Hilfe- Zeitung in München



Am Nachmittag des 1. Mai 1974 hielten die Rote Hilfe und die Ortsgruppe Reinickendorf der Liga gegen den Imperialismus vor der Strafanstalt Tegel eine Kundgebung ab.

In dieser Strafanstalt kämpfen die Gefangenen seit Monaten um eine bessere medizinische Versorgung. Sie werden dabei von der Roten Hilfe unterstützt, die die Vorkommnisse in Tegel der Bevölkerung mitteilt und zum Protest dagegen aufruft. Die Gefangenen haben festgestellt, daß in dem Moment, wenn sie den

Kampf gegen ihre totale Unterdrückung und Entrechtung aufnehmen, der Staatsapparat mit besonderer Härte eingreift. Aber dies hindert sie nicht, den Kampf weiter zu führen. Die Solidarität in Tegel ist gewachsen, wie auch das Vertrauen in die Rote Hilfe wächst.

Dieser 1. Mai sollte für die Gefangenen nicht ein Tag wie jeder andere bleiben, sondern ihnen zeigen, daß die Unterstützung ihres Kampfes außerhalb des Gefängnisses vorangetrieben wird.

Bericht aus der Strafanstalt Tegel vom 1. Mai 1974

In den Nachmittagsstunden wurde der Knast von den Bürgerkriegs-armisten umstellt - auf Kosten der kleinen Leute wieder einmal! Die Wächter ließen den Namen Horst Mahler fallen und von "Gefangenenbefreiung" war die Rede. Aber wir nahmen die Leute nicht für voll.

Dann machten die Genossen uns, das heißt auch für die ausländischen Gefangenen - die ammeisten unterdrückt werden - die

1. Mai in Tegel



Kundgebung am 1. Mai vor der Strafanstalt Tegel

Resolution der Gefangenen an die Rote Hilfe

Berlin Tegel, den 2. Mai 74

Liebe Genossen!

Wir, die Gefangenen der Strafanstalt Tegel - Haus I - waren über Eure Solidaritätskundgebung am 1. Mai 74 sehr erfreut. Eure Demo ist ein echter Akt der Solidarität. Ihr steht ganz im Gegensatz zu den großmäuligen Spontigruppen, die große Worte proklamieren und sich hinter ihren hohlen Sprüchen verbergen. Es wurde uns klar vor Augen geführt, wir sind nicht allein, es gibt Menschen, die sich für die Interessen des unterdrückten Individuum einsetzen und dieses Wissen gibt uns Kraft, den Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung fortzusetzen. Die von Euch proklamierten Forderungen sind völlig rechtens und werden von uns voll unterstützt.

Freiheit für alle unterdrückten Völker!

Der antiimperialistische Kampf muß fortgesetzt werden!
Solidarität hilft siegen!

68 Gefangene

Kundgebung. Ich konnte die Worte hören: "Die Genossen sind da!" Dieser Ruf ging von Zelle zu Zelle. Ich stand am Fenster und viele Mitgefängene auch. Erst wurde einiges Murren laut, aber dann wurde es ruhig und wir lauschten auf die Worte der Genossen.

Als in der Rede die Sache mit KZ-Arzt Dr. Bortz erwähnt wurde, erschienen wie auf Kommando zwei Wächter und schrien uns an, daß wir von den Fenstern verschwinden sollten, sonst würde es für alle eine Einkaufssperre geben, die am Fenster erwischt würden.

Aber hier siegte wieder die Einigkeit. Wir bleiben stur am Fenster bis zum Schluß.

Am nächsten Tag taten die Wärter als sei nichts geschehen. Totale Springer - Verblödung!

Ich übermittle Euch die Grüße unseres Knast-Kollektivs, dem sich auch viele ausländische Kollegen angeschlossen haben. Nieder mit der Klassenjustiz und ihren bezahlten Knechten!

Rot Front!

S.



TEGEL

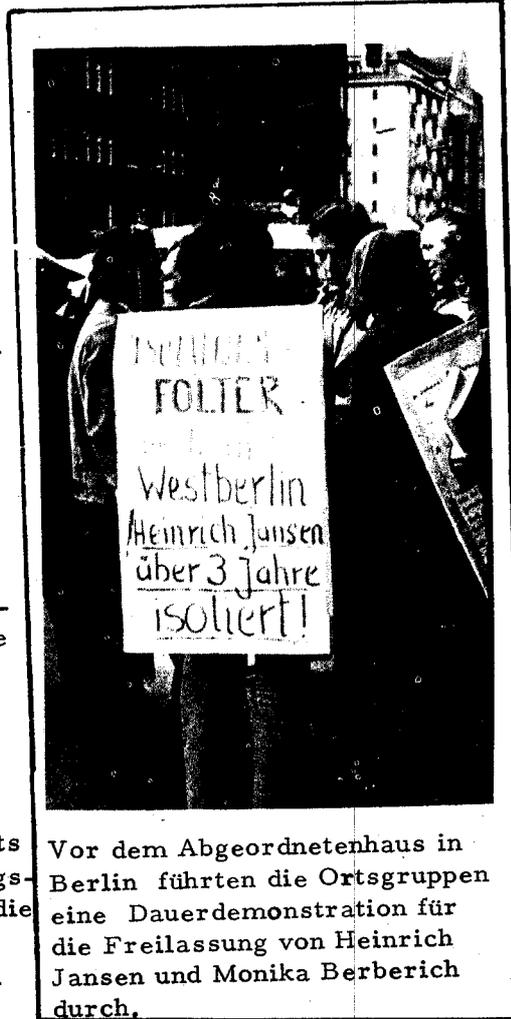


Hab am 27. 4. eine der mit erheblichen Kostenaufwand für die RAF-Genossen hergerichtete Isolierzellen inspiziert. Die totale Kriegserklärung an den Menschen.

Vom Gang her Zugang durch eine besonders schwere Stahltür ohne Guckloch, fugenlos schließend. Dann die normale Zellentür. In der Zelle alle Wände glatt. Über der Tür hinter Panzerglas ist eine Fernsehkamera eingelassen, die den Raum zum Fenster hin kontrolliert. Daneben - ebenfalls hinter Panzerglas - eine nur von außen zu bedienende Neonleuchte in Form eines Doppelringes. Die übliche Fensterluke an der gegenüberliegenden Seite verrammelt mit nem Gitter, dann kommt die normal verglaste Fensterklappe und im Abstand von ca. 30 cm ein mit der Innenwand fugenlos abschließendes Panzerglasfenster welches mit einem Vierkantschlüssel verriegelt wird und vom Gefangenen nicht geöffnet werden kann. Zwischen der Fensterklappe und dieser Panzerglasscheibe ist eine zweite Fernsehkamera montiert, die die Zelle in Richtung Tür übersieht. Kein toter Winkel, keine Ecke des Raumes, die nicht teleoptisch überwacht wird. Klosett und Waschgelegenheit befinden sich quasi auf offener Bühne vor einem anonymen Publikum.

Von der Tür aus gesehen rechts sind die Heizungs- und Lüftungsanlage in die Wand eingebaut, die von der sonst leeren rechten Nebenzelle aus gesteuert werden. Die linke Nachbarzelle

Die totale Fernsehkontrolle



Vor dem Abgeordnetenhaus in Berlin führten die Ortsgruppen eine Dauerdemonstration für die Freilassung von Heinrich Jansen und Monika Berberich durch.

ist ein Gruppenraum, also nur wenige Stunden am Tag von Menschen benutzt. Vier von diesen Dingen liegen vom Erdschoß bis zum Dach übereinander.

Das ist schlimmer als 1984. Die totale Television auf dem Scheißhaus war dem Orwell noch nicht eingefallen. Und ich wette, daß die Zelle auch bei Dunkelheit durch Restlichtaufhellung überwacht wird. Dazu muß man nur ein paar Verstärkerstufen, einige Transistoren mehr einbauen. Auch das gab's bei Orwell noch nicht.

Auf ein derartiges Folterinstrument kann man nur mit einem Amoklauf reagieren. Sie müssen uns dann totschiessen oder ihren Plan, uns da reinzusperren, aufgeben. Eine dritte Möglichkeit gibt es nicht.

Der Justizsenator hat durch Verfügung die Inbetriebnahme dieser Zellen untersagt. Ein Erfolg unserer Kampagne gegen die Isolierfolter.

Die Schweine versuchen jetzt Kalfaktoren dort einzuquartieren, denen man mit Ablösung droht, wenn sie nicht einverstanden sind. Die dürfen natürlich die Fernsehhaugen abdecken und das Panzerglasfenster öffnen. Bis heute haben sie erst einen Dummen gefunden. Die anderen Kalfaktoren weigern sich, da einzuziehen.

Das papierne Verbot genügt nicht. Die Sonderausstattungen (Fernsehkameras und individuell steuerbare Heizungs/Klimanlage von 20 bis 60 grad C) müssen demonstriert werden!!!

3 1/2 Jahre U-Haft

Ende Mai verhandelte die Menschenrechtskommission in Straßburg darüber, ob die Bundesrepublik Deutschland sich gegenüber Monika Berberich im Sinne der Menschenrechte schuldig gemacht hat.

WER IST MONIKA BERBERICH UND WARUM SAHEN SICH IHRE ANWÄLTE GEZWUNGEN DIE MENSCHRECHTSKOMMISSION ANZURUFEN?

Monika Berberich ist Assessorin, 32 Jahre alt und hat früher im Rechtsanwaltsbüro des Genossen Horst Mahler gearbeitet. Sie ist seit 1967/68 eine überzeugte Antiimperialistische Kämpferin gegen die Menschenfeindlichkeit des imperialistischen Systems.

Im Oktober 1970 wurde Monika Berberich wegen des Verdachts verhaftet, Horst Mahler und andere angebliche Mitglieder der Roten Armee Fraktion in einer von ihr in Berlin unter falschem Namen gemieteten Wohnung versteckt zu haben. Sie wurde wegen Fluchtgefahr in Untersuchungshaft genommen. Der Haftbefehl wurde durch die Beschlüsse der zuständigen Gerichte im April und Juli 1971 und im Februar, Juni und September 1972 aufrechterhalten. Das Gerichtsverfahren begann im November 1972, die Staatsanwaltschaft hat 12 Jahre Haft gefordert, die Verteidigung plädiert auf Freispruch. Da das Gericht entschlossen schien, dieses wahnwitzige Terrorurteil von 12 Jahren zu fällen, haben die Anwälte weitere Beweis anträge gestellt.

Anlässlich der Verhandlungen der Menschenrechtskommission führten die Komitees gegen die Folter an politischen Gefangenen mehrere Aktionen in Straßburg durch, an denen sich auch die Rote Hilfe beteiligte.

Am 27. 5., am Tage vor der Verhandlung, nahmen 120 Personen, unter ihnen viele Franzosen an einem Teach-In in einer Straßburger Kirche teil.

Die Komitees gegen die Folter berichteten dort über die Isolation der politischen Gefangenen und über die Politik und Aktio-

nen der Roten Armee Fraktion. Die Aktion Anderer Kurs (AAK) aus Holland beispielsweise hatte eine Protestresolution an den holländischen Außenminister gesandt gegen die Ausweisung von zwei jungen Deutschen, die sofort nach der Abschiebung aus Holland in der BRD in Isolierhaft genommen wurden. Außerdem protestierte dieses Amsterdamer Komitee gegen die Folter, indem es eine nachgebildete Isolierzelle durch die Stadt trug und Kundgebungen vor der deutschen Botschaft und dem Konsulat abhielt. Ein Franzose stellte das Pariser Komitee gegen die Folter vor und kündigte für September ein Tribunal an. Dann rief ein Vertreter der CISNU zur Solidarität mit den über 40 000 politischen Gefangenen in Persien auf. Die Rote Hilfe begrüßte in ihrem Beitrag diese Schritte der Solidarität über die nationalen Grenzen hinweg und berichtete, wie in der BRD und Westberlin, wo Monika Berberichs Prozeß stattfindet, der Widerstand gegen Folter, langjährige Terror

urteile und Gesinnungsjustiz wächst. Während der Verhandlung fand vor dem Gebäude des Europaparlaments eine Dauerdemonstration statt; gefordert wurde VERURTEILUNG DER BRD, Bei einer anschließenden Kundgebung auf dem größten Platz in Straßburg strömten viele Menschen zusammen, es sprachen zwei französische Verteidiger. Die Forderungen lauteten:
FREIHEIT FÜR MONIKA BERBERICH!
KEINE SONDERBEHANDLUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN!
SCHLUSS MIT DER ISOLATIONSFOLTER!

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

Die Entscheidung der Menschenrechtskommission wurde noch nicht veröffentlicht.

Gleich wie die Entscheidung ausfallen mag - die inhaftierten Genossen müssen sofort freigelassen werden.

Frankfurter Rundschau vom 6. 5. 74;

„Amnesty“ widerspricht Posser

HAMBURG, 5. Mai (epd). Gegen Äußerungen des nordrhein-westfälischen Justizministers Posser, nach denen ein Gutachten von Amnesty International den Vorwurf der „Isolationsfolter“ in der Bundesrepublik widerlegt habe, hat sich das internationale Sekretariat dieser Organisation gewandt. In einer Erklärung stellte das internationale Sekretariat von Amnesty International am Wochenende fest, daß der norwegische Professor Einar Kringlen keine Untersuchung durchgeführt, sondern auf Grund von Berichten über die angebliche Isolationsfolter ein Gespräch mit dem Generalbundesanwalt geführt habe. Kringlen und ein anderer Delegierter seien der Auffassung gewesen, daß Amnesty International zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine umfangreiche Untersuchung vornehmen sollte. Diese Schlussfolgerung sei aber kein Ermittlungsergebnis.

Bild: Plakatwand mit Aufruf zum teach-in in Straßburg



Artikel 5 (3) der Menschenrechtskonvention lautet: ... jede in Untersuchungshaft gehaltene Person hat Anspruch auf Aburteilung innerhalb einer angemessenen Frist oder auf Haftentlassung während des Verfahrens.

Die Rote Hilfe hat in den letzten Monaten verstärkt zum Kampf gegen die Isolationsfolter aufgerufen. Wir müssen selbstkritisch sagen, daß es den meisten Ortsgruppen lange Zeit nicht gelungen ist, für Kampfaktionen erfolgreich zu mobilisieren. Die Ursache lag vor allem darin, daß gegenüber den RAF-Genossen einseitig nur die falsche Politik der RAF, nicht aber der Wunsch dieser Genossen nach Beseitigung des Imperialismus hervorgehoben wurde. Das hat die Solidarität entscheidend geschwächt und ist der Grund dafür, das ursprünglich geplante zentrale Tribunal gegen die Isolationsfolter vorerst abzusetzen. Gleichzeitig jedoch hat die Rote Hilfe den Kampf für die politischen Gefangenen örtlich verstärkt. Die Kampfaktionen der westberliner Genossen gegen die Isolierung Heinrich Jansens, die Beteiligung an der Aktion für Monika Berberich vor der Menschenrechtskommission sind Beispiele dafür. In Hamburg beteiligen sich die roten Helfer regelmäßig am Flohmarkt. Der Erlös kommt der Hafthilfe zugute. Bei alledem wissen wir: Unsere Anstrengungen müssen tausendfach verstärkt werden, wenn wir unser Ziel erreichen wollen: Die Freiheit aller politischen Gefangenen!

Resolution

Waldshut, den 9. 5. 74

In letzter Zeit ist in der Öffentlichkeit wiederholt der Vorwurf geäußert worden, daß in Vollzugsanstalten der BRD und Westberlin besonders strenge Isolierungsmaßnahmen speziell gegen politische Gefangene angewandt würden. Schon im Juni 1973 hat eine Arbeitsgruppe des XV. Evangelischen Kirchentages die Vermutung geäußert, daß die Anwendung isolierender Zwangsmaßnahmen die Wirkung direkter physischer Folter erreiche. Die unterzeichnenden Pfarrer an Justizvollzugsanstalten der BRD und Westberlins fordern deshalb:

- die Überprüfung aller extremen Isolierungsmaßnahmen in den Justizvollzugsanstalten,
- die sofortige Beseitigung von Haftumständen, die ersichtlich zur physischen und psychischen Zerstörung der Gefangenen beitragen.

Diese Resolution wurde auf der Konferenz Evangelischer Pfarrer der Justizvollzugsanstalten der BRD und Westberlin auf Initiative von Mitgliedern der Komitees gegen die Folter in der BRD erstellt. Acht Pfarrer unterschrieben die Resolution sofort und ein Pfarrer wurde beauftragt, für die Verbreitung der Resolution und weitere Unterschriftensammlung Sorge zu tragen.

Die Menschenrechtskommission

Die Europäische Kommission für Menschenrechte wurde 1950 von den Mitgliedern des Europarates eingerichtet. Sie läßt eine Beschwerde erst dann zu, wenn alle innerstaatlichen Rechtsmittel erschöpft sind, falls möglich sogar die Verfassungsbeschwerde. (Art. 26 MRK) Das hatte bisher zur Folge, daß die Kommission von den bis Ende 1965 eingereichten Einzelbeschwerden nur 40, also 2 % zugelassen hat, ganz abgesehen von der Entscheidung darüber. Von 1965 bis 1966 ließ sie nur 5 weitere Beschwerden zu. Den weiteren Weg einer Einzelbeschwerde zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte hat die Kommission bisher nahezu immer versperrt. Die Kommission besteht aus 16 Mitgliedern (nach der Zahl der Europaratmitglieder), die Verhandlung ist nicht öffentlich. Die Menschenrechtskonvention enthält eine ganze Reihe von demokratischen Rechten, andererseits aber auch noch mehr ausdrücklich genannte, extrem reaktionäre Einschränkungsmöglichkeiten als etwa das Grundgesetz der BRD. Die Kommission hat auf eine gültige Schlichtung hinzuwirken.

Neuer Mordversuch der Justiz

Klaus Jünschke befindet sich wegen Verdachts der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (RAF) seit Juni 1972 in Untersuchungshaft in Zweibrücken. Am 1. Mai 1974 erlitt er einen lebensgefährlichen Kreislaufkollaps. Erst jetzt sah sich die Anstaltsleitung genötigt,

etwas zu unternehmen und Klaus in einem Krankenhaus außerhalb der Anstalt fachärztlich untersuchen zu lassen. Diese notwendige Untersuchung ist seit dem Auftreten der ersten Kreislaufstörungen vor anderthalb Jahren mit allen Mitteln

von den Verantwortlichen verhindert worden.

Die lebensgefährliche Krankheit wurde von der Justiz bewußt herbeigeführt, um den Genossen psychisch und physisch zu vernichten, um seine politische Identität zu brechen.

In diesem Fall, der auf einen langfristigen Mordversuch hinausläuft, haben sich folgende Herren besonders verdient gemacht: Richter Wichmann, Amtsgericht Kaiserslautern; Richter Strack, Kaiserslautern; Dr. med. F. Julinek; JVA Zweibrücken; Dr. med. Gläsel, Nervenklinik Landeck

Diese Verbrecher treiben ihr Unwesen in allen Knästen im Raum Kaiserslautern. Diese Richter sollen wissen, daß sie zur Verantwortung gezogen werden können. Diesen "Ärzten" muß die Approbation entzogen werden.

(Auszug aus einem Flugblatt der Roten Hilfe Frankfurt)

Die Ortsgruppe Wedding/Berlin hat eine Broschüre erstellt, in der die besondere Unterdrückung der Gefangenen aufgezeigt wird. Die Broschüre trägt den Titel: "Schluß mit der Isolationsfolter - Für eine ausreichende medizinische Versorgung aller Gefangenen!"; das sind die Hauptforderungen mit denen der Kampf in der Strafanstalt Tegel und in anderen Westberliner Gefängnissen geführt wird.

Inhalt

Isolationsfolter und ihre Auswirkungen auf die Gefangenen
Proll, Berberich, Herzog, Jansen, Baader, Hammerschmidt

Strafanzeige des Anwaltes von K. Hammerschmidt gegen das verantwortliche Gefängnispersonal wegen versuchter Tötung

Zur medizinischen Versorgung in den Gefängnissen
Die Petition der Tegeler Gefangenen an das Abgeordnetenhaus

Gefängnis Korrespondenzen aus Tegel

Preis: 1, -- DM + Porto
Bezugsadresse: Rote Hilfe e. V.
1 Berlin 65
Togostr. 78



Über 8000 Soldaten des faschistischen Schah-Regimes wollen die befreiten Gebiete erobern. Durch die Verschärfung der Wirtschaftsblockade droht eine Hungersnot. Die "Volksfront zur Befreiung Omans und des arabischen Golfs" (PFLOAG) ruft auf:

Rettet die Revolution

Sammelt Medikamente für Oman und Dhofar!



Im Habkuk - Krankenhaus werden die Schulkinder behandelt.

Fremdherrschaft und Korruption haben in den Ländern am arabischen Golf zu einer bei spiellosen Armut und Unterdrückung des Volkes geführt. Unter der Herrschaft von Scheichen und Sultanen, die von den holländischen, portugiesischen, später den englischen Kolonialbesatzern an die Macht gebracht wurden, wird das Volk im Zustand bedrückendster Armut und Rechtlosigkeit gehalten. Krankheiten und Seuchen schütteln das Volk, Jahr für Jahr sterben die Menschen an den Folgen der Unterernährung. Dabei könnten die Völker am arabischen Golf durch die Erdölvorkommen in ihrem Land zu den reichsten der Welt zählen. Gegen die blutige Unterdrückung führen diese Völker seit 1965 den bewaffneten Volkskrieg. In Dhofar, das offiziell ein Teil des Sultanats Maskat und Oman ist, hat sich 1964 die Befreiungsfront von Dhofar (BFD) gebildet, die seit 1968 zur Volksfront für die Befreiung des besetzten arabischen Golfs erweitert wurde. Ziel des Kampfes ist die Befreiung des arabischen Golfs bis Bahrein und Kuwait auf revolutionärer Grundlage. Ziele dieser Volksbefreiungsbewegung sind:

1. Abschaffung der Sklaverei
2. Gleichberechtigung von Mann und Frau
3. Entwicklung der Landwirtschaft durch Umwandlung des gesamten Bodens in den befreiten Gebieten in Eigentum des Volkes.
4. Medizinische Versorgung, das Schulwesen und die übrige Verwaltung werden durch revolutionäre Volksräte entwickelt und aufgebaut
5. Alle patriotischen Gruppierungen werden in der Volksfront zum bewaffneten

LISTE DER GRUNDMEDIKAMENTE UND MEDIZINISCHE RÄTE, DIE VON DER PFLOAG ZUR VERSORGUNG DER VOLKSMASSEN BENÖTIGT WERDEN:

- Brandbinden, Verbandsmaterial, Desinfektionsmittel
- Blutersatz: isotonische Glucose- und Kochsalzlösungen
- Antiteranus
- Antibiotika
- Schmerzmittel: Morphin, Atropin, Spasmolytika, Anästhetika
- Kampher, Ammoniak spray
- Milchpulver (mit Vitaminen und Mineralien)
- Vitamin- und Eisenkonzentrate
- Vitamine- und Calcium-Phosphor-Kombinationen Vit. A,D,B, B-Komplex, B1, B6-Injektionen
- Tuberkulostatika Streptomycin
- Wurmmittel (gegen Band-, Maden- und Rundwürmer) Encylostoma, Betharsia
- Cloroquin, Atarpin, Pyramidin (Antimalaria)
- Hustenmittel mit und ohne Codein
- Medikamente gegen Typhus
- Medikamente gegen Parasiten, Bakterien im Darmsystem, gegen Dysenterie, gegen Mischkrankheiten, gegen Leberkrankheiten, gegen Nierenerkrankungen (Nierensteine - und Entzündungen)
- Fiebermittel, Grippemittel
- Operationsausrüstung: Anästhesieapparate, Operationstische, Autoklaven, Operationsbestecke, Sauerstoff, Atemgeräte
- tragbare Röntgeneinheiten
- Laboratoriumsausrüstung: Ausrüstung und Chemikalien für Blut- Stuhl- und Urinstest Zentrifugen, Brutschrank, -kasten, Reagenzgläser, Urin-Teststreifen, Mikroskope (3 Objektive u.U. Ölimerision)
- Tragbahnen aus Aluminium, verstell- und zusammenlegbar

Kampf gegen den Imperialismus, gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Sklaverei und Kolonialismus unter Führung einer revolutionären marxistisch-leninistischen Partei der Massen zusammengeschlossen.

Unsere Hilfe

Wir wollen durch praktische Unterstützung der kämpfenden Völker von Dhofar und Oman unsere Solidarität mit den Patrioten ausdrücken. Sie haben im Kampf mit den Söldnertruppen des Imperialismus schwere Opfer hinnehmen müssen. Die Unterstützung mit Medikamenten ist praktische Rote Hilfe. Die Rote Hilfe hat deshalb beschlossen, eine Medikamentsammlung für das Volk in den befreiten Gebieten von Dhofar und Oman zu beginnen. Gleichzeitig haben wir uns entschieden, einen Posten Medikamente im Wert von 24 000DM den wir durch mehrere Spenden erhalten haben, vorab der Befreiungsbewegung in Dhofar und Oman zu übergeben.



**Medikamente in
den Rote Hilfe-
Büros abgeben!**

**Vorwärts in der
internationalen
Solidarität!**



Das Solidaritätskomitee "Rettet das Leben von Christos Bistis, Petros Stangos und der anderen inhaftierten Kämpfer", in dem auch die Rote Hilfe mitarbeitet, hat sein erstes Ziel erreicht: Auf Grund von Protestkundgebungen, vor dem griechischen Konsulat, Unterschriftensammlungen und Solidaritätserklärungen zahlreicher Organisationen und Persönlichkeiten wurde die griechische Junta gezwungen, die Namen der 36 verhafteten Kämpfer bekannt zu geben. Die Aufgaben des Solidaritätskomitees sind aber noch nicht abgeschlossen: "Wir haben zwar die Genossen vor dem Tode gerettet; nun müssen wir für ihre Freilassung kämpfen!"

**berliner
Arbeiter
Zeitung
Zeitschrift**

Stellenstreichungen
Schnüffeln
'hez' lädt ein
Hamb. Erlaß

Verlagsgesellschaft
Berliner Verwaltung

Achtung! Bitte Deckblatt so zerreißen
Spiegelschrift auf der Rückseite nicht mehr lesbar

Mai '73 2. Jahrg. Nr. 7 • erscheint monatlich.
Erscheint monatlich. Preis: 1, 50 DM; 32 S
Bestellungen: 1 Berlin 61, Urbanstr. 126

NEUE WELT

W. BERGMANN
FILM, BILD und TON GmbH

1. Verleihkatalog erschienen!
Aus unserem Verleihangebot:

"HÄNDE WEG VON DER KPD"
Film der Roten Hilfe als Dokument eines erfolgreichen Kampfes gegen den Abbau der demokratischen Rechte an der Seite der Kommunistischen Partei Deutschlands. Der Film sollte in jeder Stadt vorgeführt werden.
Länge: 40 Min. Verleihpreis: 60.-DM

Vietnam nach dem Pariser Friedensabkommen:
"DER PREIS DES FRIEDENS"
Wie geht der Aufbau des Sozialismus voran? - Widerstand gegen das Thieu-Regime - Gefangene berichten. Kampf bis zur völligen Unabhängigkeit. Der Sieg ist gewiß.

Ab Ende Mai erhältlich:
"VOLK VON IRLAND"

Analyse und Chronik der Klassenkämpfe im Norden Irlands für eine sozialistische Arbeiterdemokratie. Ein Film von Cinema Action London. Ein spannendes und lehrreiches Dokument, das auch Euch begeistern wird!
Länge: 105 Min. dtsh. synchron.
Preis: 150.-DM (für kleinere Städte Sonderpreis möglich).

Fordert Katalog an: Tel. 0221/520373
NEUE WELT, 5 Köln 1, Werderstr. 23

Der Kampf um die Einheit der Roten Hilfe - unter dieser Überschrift stellt diejenige Gruppe innerhalb der Rote Hilfe-Bewegung, die die Rote Hilfe zu einer Unterorganisation der KPD/ML machen möchte, ihren Versuch der Gründung einer Roten Hilfe Deutschlands (rh 24). Nach ihren Worten war der letzte Kongreß örtlicher Rote Hilfe-Gruppen ein "Meilenstein auf dem Weg einer revolutionären Roten Hilfe Deutschlands". "Einer Roten Hilfe, die die ruhmreiche Tradition der RHD der 20er und 30er Jahre - daraufnimmt, die Hunderttausende in ihren Reihen organisierte und einen machtvollen Kampf gegen die politische Unterdrückung in der Weimarer Republik führte."

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Die einzige Tradition, die sich bei diesem "Meilenstein" finden läßt, ist die jämmerliche Geschichte der KPD/ML-Genossen

gierten die KPD/ML. Nachdem sie so zur "Stärkung der revolutionären Roten Hilfen" beigetragen hatten, mußten sie im letzten Winter erkennen, daß diese Gruppen noch immer nicht bereit waren, als Propagandatruppe der KPD/ML zu funktionieren.

Die Lage wurde bedenklich, zumal inzwischen unsere Ortsgruppen eine Reihe von erfolgreichen Aktivitäten entwickelt

DIE KPD/ML WILL EINE EIGENE ROTE HILFE AUFBAUEN

hatten und immer mehr Menschen organisierten. "Die konterrevolutionären, anarchistischen Führer (der spontaneisti-

halb der Rote Hilfe-Gruppen begriffen, hielten sie sich vornehm zurück. Jetzt, nachdem ihre bürgerliche Machtpolitik gescheitert ist, ist das Geschrei umso größer:

"Die Bochumer und Frankfurter Führer stellten folgenden Antrag (auf der Bochumer Konferenz im April): Die Konferenz der Roten Hilfen beschließt, die Genossen der KPD/ML und ihre Sympathisanten auszuschließen. Der Grund ist, daß diese Genossen die Roten Hilfen für ihre bornierten Parteiziele instrumentalisieren wollen."

Die KPD/MLer zogen aus. Der erste Akt des Trauerspiels "Die Rote Hilfe aufgebaut" war zu Ende. Der zweite Akt wurde von ihnen noch am gleichen Wochenende unverdrossen eingeläutet: Die Gründung der RHD wurde bekanntgegeben, ein programmatischer Aufruf, verfaßt von der RH-Gruppe Dortmund, aus der Tasche gezogen.

In sämtlichen Aktivitäten, wo wir den Zusammenschluß mit KPD/MLern suchten - sei es beim Oswald-Schulte-Prozeß, sei es im

NICHTS LERNEN, ALLES VERGESSEN...

in den Fragen der Roten Hilfe.

Vor einem Jahr entdeckte die KPD/ML die Rote Hilfe-Gruppen. In einem Artikel im "Roten Morgen" forderte sie zur Mitarbeit und Stärkung dieser "revolutionären" Rote Hilfe-Gruppen auf. Daß diese Gruppen in der Mehrzahl die führende Rolle der Arbeiterklasse im Klassenkampf verleugneten, daß sie statt dessen die Theorie der RAF von der "direkten Aktion" und der "Korruptiertheit der westdeutschen Wohlstandsarbeiter" auf ihre Fahnen geschrieben hatten, daß sie sich weitgehend auf Knastarbeit unter der Parole "Freiheit für alle Gefangenen" beschränkten, daß sie sich als "undogmatischer Parteiersatz" begriffen, hat sie dabei nicht gestört. Mit einstimmend in das Spaltergeschrei vieler dieser Gruppen gegenüber unserer Roten Hilfe versuchten sie eifrig dazu beizutragen, die grundlegenden Unterschiede zu unserem Konzept der Rote Hilfe-Arbeit zu verwischen und statt einer politischen Auseinandersetzung durch Hetze und Verleumdungen eine Front gegen uns zu errichten.

Darüber hinaus war von ihnen in den meisten Rote Hilfe-Gruppen nicht viel zu sehen: In Hamburg gelang es ihnen, die Gruppe solange mit Diskussionen über die KPD/ML lahmzulegen und zu schwächen, bis sie alleine übrig waren. In Dortmund bauten sie eine eigene Gruppe auf. In München lösten sie sich mit der ganzen Gruppe auf, als der Staatsapparat mit Verfolgung drohte. In Köln gründeten sie ein Initiativkomitee, das jede Solidarität mit Bahá Targün, dem verfolgten Streikführer bei Ford, ablehnte und nach dieser ruhmreichen Tat sich auflöste und erklärte, im Schwabekreuz weiterzuarbeiten. In Bochum und Bielefeld versuchten sie, die Gruppen dazu rumbekriegen, vor allem die KPD/ML in den Solidaritätsaktionen zu propagieren. Wenn dies nicht geschah, boykottierten sie jede weitere Aktivität. In Frankfurt, Gießen und einigen anderen Orten nahmen sie manchmal an den Sitzungen teil und propa-

schon RH-Gruppen) treiben fortschrittliche Menschen in die Arme der Roten Hilfe e. V." (aus dem Protokoll des zentralen Kongresses in Bochum), stellten sie erschrocken fest. Es wurde Zeit, eine eigene Organisation ohne Spontaneisten, Trotz-kisten, Anarchisten, Revisionisten und Sozialfaschisten zu gründen, die Zeitung der spontaneistischen Roten Hilfen zu usurpieren und laut zu schreien: "Sieg der revolutionären Linie. Ein Meilenstein!"

Es galt nur noch, ein Alibi dafür zu schaffen. Flugs wurde zusammengemogelt, daß "die Rote Hilfe-Gruppen im Kampf gegen die Verfolgung der RAF und anderer revolutionärer Organisationen entstanden" seien, als "Kampforganisationen gegen politische Unterdrückung", die jedoch später von "spontaneistischen und anderen anarchistischen Elementen, Randgruppentheoretikern, sowie revisionistischen und trotzkistischen Abfallmenten der revolutionären Bewegung zum Tummelfeld gewählt wurden", "die eine konterrevolutionäre Front gegen die Marxisten-Leninisten zusammenschimmerten" - und schon war der Anlaß für die eigene Gründung geschaffen.

Daß es für die proletarische Solidarität schädliche Kleinbürger in den meisten der spontaneistischen Rote Hilfe-Gruppen gab, und gibt, daß sie gerade die führende Rolle in diesen Gruppen spielten, war ja eben das entscheidende Moment, das uns zwang, die nationale Rote Hilfe ohne diese Gruppen aufzubauen. Die KPD/ML dagegen akzeptierte sie, solange es opportun erschien. Solange es diese Gruppen gibt - schon vor der Verfolgung der RAF - scheuten sie sich beispielsweise nicht, ständige Hetzereien gegen die KPD und das Rote Hilfe Komitee zu verbreiten. Nicht ein KPD/MLer ist dagegen aufgestanden. Als unsere Sammlung für die streikenden Ford-Arbeiter von der Frankfurter RH-Gruppe einfach gestohlen wurde, wer von der KPD/ML hat dagegen protestiert? Solange sich diese "Genossen" als trojanische Pferde inner-

Kampf gegen die Ausweisung von Sascha Haschemi, sei es im Uli-Kranzusch-Prozeß oder in der Unterstützung der streikenden Fordarbeiter, bei der Unterstützung der inhaftierten türkischen Patrioten in Frankfurt, im Komitee gegen die Gewerkschaftsausschlüsse von 16 Fordarbeitern, überall machten wir trübe Erfahrungen. Die Genossen verzögerten die praktische Arbeit, spalteten die Solidaritätsfront, indem sie verlangten, daß nur derjenige sich einreihet, der die führende Rolle der KPD/ML anerkennt; wer nicht ständig vom bewaffneten Kampf redete, wurde als Revisionist und Trotzkist beschimpft, unsere Genossen in München gar als "Sozialfaschisten". Die Verbindung von demokratischem und sozialistischem Kampf heißt für sie nichts anderes, als ständig nach Revolution zu schreien. Die konkreten Kampfbedingungen interessieren sie dabei nicht.

In ihrem programmatischen Aufruf ziehen die KPD/ML-Genossen nur eine Lehre aus ihren bisherigen Fehlschlägen: Weiter voran im Sektierertum, Unbeugsam die KPD/ML propagieren, zum bewaffneten Kampf aufrufen und den Revisionismus bekämpfen - das ist der Kern ihres Rote Hilfe-Programms. Nichts lernen, alles vergessen...

Wir fürchten, daß im Moment niemand diese kleine Gruppe daran hindern kann, den Namen der Roten Hilfe Deutschlands zu mißbrauchen. Die Rote Hilfe-Bewegung ist um eine neue Spielart "bereichert": dem Sektierertum in organisierter Form. Die Schädlichkeit des Sektierertums in jeder Solidaritätsaufgabe ist groß.

Es kommt daher darauf an, diese Gruppe weiter zu isolieren, damit sie möglichst wenig Schaden anrichten kann, und gleichzeitig bei unseren Aktivitäten sie zu zwingen, jedesmal von neuem zu überprüfen, wie weit ihr Kurs schon in die Sackgasse geführt hat.

Programm und Statut verabschiedet

Auf der ersten nationalen Mitgliederversammlung der Roten Hilfe im April wurde die Delegiertenkonferenz beauftragt, die Programmdiskussion mit der Verabschiedung eines verbesserten Programms und Statuts abzuschließen und damit der Kritik am ersten Programm und unseren gewachsenen Kampferfahrungen Rechnung zu tragen.

Die Rote Hilfe hat in den letzten Jahren ihre Überparteilichkeit unter Beweis gestellt. Überparteilich gegenüber den Organisationen, die für den Sozialismus eintreten, parteilich für die Arbeiterklasse - dieser Grundgedanke wurde im neuen Programm wesentlich erweitert. In allen Abschnitten wird jetzt entwickelt, warum die Rote Hilfe für den Sozialismus eintreten muß.

Bekämpfung aller Unterdrücker und Spalter, Entlarvung der Schwäger

zer, Einheit mit allen anderen an jedem gemeinsamen Frontabschnitt - so klar wie sie uns in den Kämpfen geworden ist, haben wir diese Lehre nun im Programm festgehalten.

Eine Reihe von Ortsgruppen vertrat die Ansicht, daß das Programm eine tiefergehende Analyse des Imperialismus enthalten müsse. Nach ausführlicher Diskussion konnten wir darin Übereinstimmung erzielen, daß die Rote Hilfe so wenig wie sie wissenschaftlich die strategischen Schritte des Kampfes für den Sozialismus entwickeln, auch die grundlegende wissenschaftliche Analyse des Imperialismus nicht leisten kann. Dies ist den Organisationen vorbehalten, die entsprechend dem Umfang ihres Programms und ihres Kampfes das

Verhältnis aller Klassen an allen Teilfronten zueinander studieren können. Das Programm der Roten Hilfe zeigt demgegenüber das Grundübel des Imperialismus - das Verhältnis der wenigen Herrschenden zu den vielen Unterdrückten, das Verhältnis der Klassen im kapitalistischen Gesellschaftssystem - nur beschreibend auf.

Begeisternd waren der Eifer, die schon weitreichende politische Erfahrung und das tiefgehende Verständnis der Aufgaben einer Rote Hilfe-Organisation - ein Rüstzeug, das die Delegierten in den Kämpfen und Diskussionen ihrer noch jungen Ortsgruppen bereits gewonnen hatten.

Programm und Statut wurden einstimmig verabschiedet. Sie werden für den weiteren schwingvollen Aufbau der Roten Hilfe eine mächtige Waffe sein.

Richtigstellung

Zur Veröffentlichung in ID, Nr. 33, vom 6. 5. 74 (Offener Brief der roten hilfe frankfurt vom 2. 5. 74, abgedruckt in Info Undogmatischer Berliner Gruppen Nr. 10.

Es ist richtig, daß Katherina Hammerschmidt 500 DM persönlich übergeben wurden. Anfang April 74 hat ein Vertreter der ROTEN HILFE e. V. weitere 1500 DM an das Komitee für politisch Verfolgte zur Unterstützung Katherina Hammerschmidts übergeben. Dieser Betrag setzte sich zum Teil aus eingegangenen Spenden zusammen. Der restliche Teil wurde aus dem allgemeinen Fond für die Hafthilfe entnommen. Das übergebene Geld wurde durch das Komitee für politisch Ver-

folgte teilweise zum Ausgleich offenstehender Krankenhausrechnungen verwendet. Der Großteil des Geldes wurde durch das Komitee für politisch Verfolgte nach Paris überwiesen.

Komitee für politisch Verfolgte Rote Hilfe, Landesverband WB

Lügen haben kurze Beine

"Die KPD Rote Hilfe e. V. unter schlägt Spendengelder" - unter dieser Losung trat die Rote Hilfe Frankfurt nach Wochen des Schweigens in die "politische" Auseinandersetzung mit uns ein.

Was in allen Spontaneistenzeitungen prangte, hatte mit einem offenen Brief der Frankfurter begonnen, dessen Niveau den Methoden des Büchertischüberfalls und Sammelbüchsen diebstahls, mit denen sich diese "Genossen" im Vorjahr mit uns "auseinandersetzen", durchaus entsprach: "Unter dem Vorwand, Astrid Proll und K. Hammerschmidt finanziell zu unterstützen, sammelten die 'roten Helferchen' der 'KPD' Geld..."; und "Es wäre hilflos und vor allem sinnlos, darüber zuspekulieren, wo das Geld für Katharina und Astrid geblieben ist..."; heißt es dort.

Um den Rechercheuren trotzdem weiterzuhelfen: Die abgedruckte Richtigstellung zur Übergabe der 1500,- DM für K. Hammerschmidt klärt nun auch den Weg der Übergabe. Für Astrid Proll wurde in den Ortsgruppen nicht gesammelt. Da bereits

vorher umfangreiche Spendensammlungen anderer Organisationen durchgeführt wurden, ist der Betrag auf unserem zentralen Spendenkonto noch minimal. Darüber und über neuere Sammlungen der Ortsgruppen wie auf dem Hamburger Flohmarkt wird in nächster Zeit abgerechnet. Im übrigen hat jeder Interessierte Einsicht in die Führung unsres Spendenkontos.

Wir nehmen die offenen Briefe der Frankfurter Roten Hilfe ernst. Sie sind geeignet, fortschrittliche Spender von der Unterstützung verfolgter und unterdrückter Menschen überhaupt abzuhalten; der unterschwellige Hinweis auf die "dunklen" Kanäle der Kommunisten ist ein infames Unternehmen gegen die Interessen der Arbeiterklasse. Wieweit sie diese Politik ernsthaft betreiben oder wieweit sie sich selbst politische Narrenfreiheit einräumen - dazu sollten diese "Genossen" ein klärendes Wort sagen. Ernst nehmen wir auch unsere Aufgabe, zukünftig die materielle Unterstützung als Kampf-aufgabe zu verstärken.

Dazugelernt !



Arbeiter von Homberg zusammen mit Genossen der Roten Hilfe auf der Maidemonstration der KPD in Westberlin

Als Anfang März die Kollegen des Spandauer Textilwerks Homberg mit der Bitte um Unterstützung für die nach einem Streik entlassenen Kollegen sich an uns wendeten, blockierten gerade Diskussionen über unser Verhältnis zur SEW, KPD oder Jusos etc unsere Arbeit, war unsere Öffentlichkeitsarbeit zu routinierter Nur-Propaganda herabgesunken.

Die lebendige Schilderung der Hombergarbeiter über ihre unmenschlichen Arbeitsbedingungen im Betrieb, über die ständige Unfallgefahr und die vergeblichen Versuche, auf "legalem" Weg Verbesserungen zu erreichen, zeigte der Ortsgruppe, daß Solidarität nur eine Frage des Handelns sein kann.

Die Empörung über die Entlassung der Kollegen, die Unverfrorenheit der Anklageschrift, mit der die Homberg-Kapitalisten auf Kündigung dreier Betriebsräte klagten: da war klar, daß wir dafür sorgen müssen, daß die Kollegen nicht für diesen Kampf büßen müssen, sondern daß sie ihn im Betrieb fortsetzen können bis bei Homberg bessere Arbeitsbedingungen erreicht sind. Wir planten mit den Kollegen die notwendigste Hilfe und sprachen mit ihnen über das Betriebsverfassungsgesetz und namentlich über die darin verankerte Friedenspflicht als Knebelungsinstrument für den Kampf im Betrieb. Ein entsprechender Brief wurde an verschiedene gewerkschaftliche Gruppen und Funktionsträger in Verbindung mit der Bitte um Verabschiedung einer Solidaritätsresolution und einem Spendenaufruf geschickt.

Die Spendensammlung

Unsere Sammlung wurde ein Prüfstein dafür, inwieweit wir es

geschafft hatten, den Übergang zum praktischen Handeln jedes einzelnen Mitgliedes zu vollziehen. Mehrere Mitglieder der Ortsgruppe sammelten am Arbeitsplatz, in ihrer Stammkneipe oder im Haus. Wir konnten neue Arbeitsformen entwickeln, die es ermöglichten, neue Freunde zu gewinnen, etwa durch ein Solidaritätsfußballspiel Homberg/Rote Hilfe gegen eine Mannschaft des KOV in Spandau (5 : 3), oder durch einen Preisskat, dessen Erlös (400. DM) in den Spendentopf floß. Bis heute hat unsere OG beinahe 5200 DM zusammentragen können.

Das Solidaritätskomitee

Die Zusammenarbeit deutscher und türkischer Kollegen im Komitee, ebenso wie die Einbeziehung eines der SEW zugehörenden Kollegen machte hier ein Stück gemeinsamen Klassenkampf möglich. Im Vordergrund stand der Erfahrungsaustausch und die Auseinandersetzung darüber, wie gegen die Homberg-Kapitalisten vorzugehen sei. Die Solidarität der türkischen Arbeiter machte es möglich, daß zwei türkische Arbeiter, die Homberg mit Wiedereinstellung korrumpieren suchte, vor dem Arbeitsgericht

als Zeugen sich nicht gegen die gekündigten Betriebsräte von Homberg mißbrauchen ließen. Ein Mangel in der Arbeit des Komitees war, zu wenig Kollegen aus anderen Betrieben mit einzubeziehen.

Das Einstehen für die Kollegen über nun schon zwei Monate hinweg wirkte sich auch auf das Leben der Ortsgruppe aus. Zwei Homberg-Kollegen wurden Mitglieder.

Unser Zusammenhalt, unsere Bereitschaft, den Kampf gegen die Homberg-Kapitalisten bis zur Wiedereinstellung der Kollegen zu führen, wird auch die Verschleppungstaktik des Arbeitsgerichtes durchkreuzen, das den Termin für die Fortsetzung des Prozesses gegen die Betriebsräte auf den 22. Juli, den Termin der auf Wiedereinstellung klagenden Kollegen auf den 18. September (!!) legte.

Wir werden unseren Gegner lehren, daß wir uns weder durch Drohungen, noch durch Verschleppung unserer Angelegenheit davon abhalten lassen, für das Recht der Kollegen einzutreten und es durchzusetzen.



Während die Arbeiter von Homberg im Akkord unter lebensgefährlichen Arbeitsbedingungen schuften müssen, bestimmen die Arbeiter in China selbstbewußt ihre Arbeitsbedingungen. Hier zwei Arbeiterinnen einer Textilfabrik aus Dadung, die gemeinsam eine technische Neuerung besprechen.



Buchauszug:

Horn schreibt keine theoretische Abhandlung über die Revolution in China, sondern schildert die konkreten Verbesserungen im Leben der Menschen durch die Revolution.

Dabei legt er das Hauptgewicht auf die revolutionäre Organisation des Gesundheitswesens: Arzt-Patient-Verhältnis, Kindererziehung, Krankenhausorganisation, Verschmelzung chinesisch-traditioneller Verfahren (Akupunktur) - soweit sie als wirksam erkannten mit modernen naturwissenschaftlichen, Behebung des Ärztemangels auf dem Land durch Ausbildung von Volksärzten und Einrichtungen mobiler medizinischer Einheiten, höchst entwickelte medizinische Forschung im Interesse der Massen.

Im Gegensatz zu unserem profitorientierten kurativen Gesundheitswesen steht in China die Präventivmedizin im Vordergrund. Ihr gelingen Leistungen, die selbst für einen Mediziner hier fast unvorstellbar sind. Das Buch ist spannend von vorn bis hinten. Es ist glaubwürdig. Obwohl viele konkrete Details mitgeteilt werden, ist es auch für Nichtmediziner einfach verständlich.

Ausgabe des März-Verlages - nur noch antiquarisch erhältlich. Eine Neuauflage als Taschenbuch steht bevor.

Alle Ärzte lernen von ihren Patienten. Das Bücherstudium befähigt uns lediglich dazu, genauer zu beobachten und so krankhafte Veränderungen zu bemerken, die wir sonst vielleicht aus Unkenntnis übersehen hätten. Meine Patienten im sozialistischen China jedoch sind mehr als medizinisches Anschauungsmaterial. Sie sind lebende Politik- und Geschichtsbücher. Von ihnen erfahre ich etwas von der Unterdrückung der Vergangenheit, über die Kämpfe, die zur Gegenwart geführt haben. Sie lassen mich ahnen, was der Mensch in Zukunft noch zu leisten imstande sein wird. Sie beweisen mir, daß die menschliche Natur kein festgelegter begrenzter Faktor in der Entwicklung der Menschheit ist, sondern sich mit den Verhältnissen ändert. Sie sagen mir, wie schön es ist, im neuen China zu leben und daß es für die zukünftige Generation noch schöner sein wird. Von ihnen lerne ich, was Ausdauer und Mut bedeuten, welche gewaltige Kräfte durch eine Idee entfesselt werden können. Einige der vielen Patienten, die ich in China behandelte, sind mir besonders in Erinnerung geblieben.

Der braune magere Tibetaner, dessen wirres Haar unter einem westlichen Schlapput hervorfiel. Er humpelte in mein Behandlungszimmer. Während er sich mühsam seine Fellstiefel auszog und mir sein Bein zeigte, redete er unablässig, zeigte hierhin und faßte dorthin. Er konnte nur tibetanisch, und seine Begleiterin, ein junges tibetanisches Mädchen, übersetzte seine Worte ins Chinesische. Das Bein war krumm und verkrüppelt. Unterhalb des Knies war eine tiefe Narbe und auf der Ferse hatte er eitrige Geschwüre. Die Zehen waren verkrümmt und steif. Er kniff sich ins Bein, um mir zu zeigen, daß er kein Gefühl darin hatte. Schließlich zeigte er mir die Narben in der Kniekehle. Während er mir seine Geschichte erzählte, gestikulierte er heftig.

Er war in seiner Jugend der Leibeigene eines Adligen in Lhasa gewesen und hatte sich um dessen Hunde und Pferde zu kümmern. Seine gesellschaftliche Stellung war weit geringer als die seiner Schützlinge. Diese hatten Unterkunft und Verpflegung, er schlief draußen und ernährte sich von Resten. Eines Tages war es so bitter kalt, daß er in eine Hundehütte kroch, um sich zu wärmen. Als sein Herr morgens zum Stall kam, schlief der Junge noch fest neben dem Hund. Der Adelige, wild empört darüber, daß ein verachtungswürdiger Leibeigene seinen Hund zu beschmutzen wagte, schlug mit der Peitsche nach ihm. Der noch schläfrige Junge machte den unglücklichen Fehler, wegzulau-

Fortsetzung S. 24

Berlin 1973:

Streichung von über 3000 Krankenhausbetten

Geplante Schließung der Kinderklinik Charlottenburg als Akutkrankenhaus

Dies ließen sich der Arzt der Kinderklinik, H. Wihstutz, und andere fortschrittliche Kollegen nicht gefallen. Sie gründeten das Kampfkomitee: Erhaltung der Kinderklinik Charlottenburg als Akutkrankenhaus" und kämpften entschieden für dieses Ziel. Die Reaktion der Verwaltung dieses Krankenhauses: Kündigung von H. Wihstutz, weil er den Betriebsfrieden störe, weil er Dienstkräfte aufwiegele, weil er Bezirksrat und Verwaltungs-

23

ARZT IN WEST-BERLIN



... und das ist die Kinderklinik, die das Bezirksamt schließen will. "

direktor beleidigt habe etc.. Doch trotz dieser Anschuldigungen gelang es der Verwaltung nicht, H. Wihstutz aus der Klinik zu werfen. Eine sofortige fristlose Kündigung mußte aufgrund des breiten Protestes innerhalb der Klinik und unter der Charlottenburger Bevölkerung zurückgenommen werden. Beim Arbeitsgericht zeigte ein Anwalt der Roten Hilfe auf, daß es das Recht und die Pflicht eines jeden Arztes ist, sich für die Patientenversorgung einzusetzen und das auch nötigenfalls in Kampfkomitees.

AUS "PLENUM"

fen. Einen entlaufenen Leibeigenen bestrafte man, indem man ihn die Kniesehnen durchschnitt. So war es in Tibet seit undenklichen Zeiten gewesen. So wie der Leibeigene gefangen war, zog der Herr den Dolch und machte sich daran, die Strafe zu vollstrecken. Er durchschnitt die Sehnen in der Kniekehle, um sicherzugehen, daß der Jüngling nie wieder fortlaufen würde. Zu allem Unglück durchschnitt er nicht nur die Sehnen, sondern auch die Nerven, so daß das Bein für immer gelähmt blieb. Es blutete sehr stark,

und um die Blutung zu stoppen, ließ der Adelige siedende Butter in die Wunde gießen. Um das Maß vollzumachen, kettete er das Opfer so fest an einen Pfahl, daß sich die gesamte Haut unterhalb des Knies ablöste. Die Wunden verheilten mit der Zeit, doch das Bein blieb gelähmt. Der Fuß verkrüppelte immer mehr und das Barfußgehen über die steinigten Wege führte zu chronischen Geschwüren an seiner empfindungslosen Ferse. 1959 wurde die Revolte der tibetanischen Adligen niedergeschlagen, die

Leibeigenen befreit und demokratische Reformen durchgeführt. Tibet schloß sich China an und wählte damit den Fortschritt. Der verkrüppelte ehemalige Leibeigene lernte lesen und schreiben. Er, der weniger als ein Hund gewesen war, wurde in seiner Heimat ein führender Politiker und man wählte ihn zum Kreisvorsitzenden. Er suchte die Ärzte des neuen Krankenhauses in Lhasa auf, die ihm rieten, nach Peking zu fahren.



Proletarisch-revolutionäre Romane

- K. Neukrantz, **Barrikaden am Wedding** 260 S., DM 7,-
 W. Schönstedt, **Kämpfende Jugend** 230 S., DM 7,-
 F. Gladkow, **Zement** 400 S., DM 8,80
 W. Bredel, **Maschinenfabrik N & K** 210 S., DM 7,-
 A. Smedley, **China kämpft** 400 S., DM 9,50
 Chou Li Po, **Orkan I und II** Teil I 288 S., DM 7,-
 Teil II 384 S., DM 9,50

Anh Duc, Hon Dat

Ein südvietnamesisches Dorf im Befreiungskampf.
 Mit Kommentar, Fotos und Dokumenten zur Kommunistischen Partei Indochinas (Partei der Werktätigen Vietnams).
 310 S., DM 11,-

O. Pjatnicki, Aufzeichnungen eines Bolschewiks

Erinnerungen aus den Jahren 1896-1917.
 Entstehung und Arbeit der Kommunistischen Partei Rußlands.
 Mit Kommentar, Fotos und Dokumenten. 400 S., DM 11,50

Xanu

Sieben Erzählungen aus Südvietnam.
 Mit Fotos und Kurzkommentaren zu den einzelnen Erzählungen aus den verschiedenen Etappen des Befreiungskampfes (1954-1968)
 200 S., DM 7,-

A. Scharrer, Vaterlandslose Gesellen

Mit Kommentar, Fotos und Dokumenten zum antimilitaristischen Kampf und zur Entwicklung der Novemberrevolution.
 366 S., DM 11,50

Internationale Reihe

Bd. 2 Die barfüßigen Ärzte

Klassenkampf und medizinische Versorgung in der VR China.
 Vorwort: Medizinische Versorgung im Dienst des Volkes. Die barfüßigen Ärzte – Bildergeschichte (aus dem Chinesischen) – Untersuchungsbericht über die barfüßigen Ärzte aus Shanghai.
 Ca. 70 S., ca. DM 4,50 (Mai)

Bestellungen an OBERBAUMVERLAG 1 BERLIN Bundesratufer 1

Werde Mitglied in der ROTEN HILFE!

Ich möchte Mitglied der ROTEN HILFE werden. Ich erkenne Programm und Statut an und verpflichte mich, monatlich DM (mindestens 1,-DM) Mitgliedsbeitrag zu zahlen.

Name: Vorname:

Adresse:

Beruf: Datum:

Unterschrift:

Ich bestelle Programm und Statut der Roten Hilfe
 1, --DM habe ich im Voraus bezahlt
 1, --DM lege ich in Briefmarken bei.
 Name:
 Adresse:
 Anschrift der Roten Hilfe:
 46 Dortmund Heroldstr. 50

BESTELLSCHEIN

Ich bestelle ab die monatlich erscheinende ROTE HILFE-ZEITSCHRIFT.

Den Abonnementpreis von

- vierteljährlich 4,20 DM
 halbjährlich 8,40 DM
 jährlich 16,80 DM
- habe ich IM VORAUS auf das Konto Nr. 00/1096214 (Vertrieb) bei der Stadtparkasse Dortmund überwiesen.

Das Abonnement kann zum 1. eines Monats gekündigt werden. Die Kündigung muß bis zum 15. des Vormonats mitgeteilt werden.

Ich bin bereit, die Verbesserung und Verbreitung der ROTE HILFE-ZEITSCHRIFT mit monatlich DM zu unterstützen.

Meine Verbesserungsvorschläge sind:

Name:
 Vorname:
 Wohnort:
 Straße:
 Beruf:
 Alter:
 Datum:
 Unterschrift: